

Von der ökonomischen Teilhabefrage zur Identitätsfrage:

Die Transformation der Wiedervereinigungskritik in Ostdeutschland

Noah Schulz & Conrad Ziller*

Universität Duisburg-Essen

Politische Vierteljahresschrift (im Erscheinen)

Abstract

Während eine negative Bewertung der Wiedervereinigung in der öffentlichen Debatte oftmals mit Anfälligkeit für Populismus und demokratischer Unzufriedenheit in Ostdeutschland in Verbindung gebracht wird, fehlt bislang eine systematische empirische Analyse dieser Zusammenhänge. Diese Studie untersucht die Transformation der Wiedervereinigungskritik in Ostdeutschland und argumentiert, dass sie sich von einer vorwiegend linken, ökonomisch motivierten Position hin zu einer identitätspolitischen Frage gewandelt hat. Auf Basis von Ansätzen des kollektiven Gedächtnisses, der politischen Polarisierung und ideologischer Konfliktlinien wird mit ALLBUS-Daten das Verhältnis von politischer Ideologie und Wiedervereinigungsbewertung analysiert. Die Ergebnisse zeigen einen kurvilinearen Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Orientierung und Wiedervereinigungsbewertung in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren, der sich um 2006 vorübergehend abschwächt und sich ab 2018 konsolidiert. Gleichzeitig verändern sich die Trägermechanismen systematisch: In den späten 1990er Jahren ist der Zusammenhang vor allem über sozioökonomische Ungleichheitskritik vermittelt, ab 2018 über migrationskritische Einstellungen und 2023 bei rechten Befragten über die AfD-Präferenz. Daraus ergeben sich Implikationen für die Debatte über den Aufstieg des Rechtspopulismus in Ostdeutschland und für demokratische Strategien zur Rückgewinnung des Diskurses über die deutsche Einheit.

Keywords: Wiedervereinigung, Ostdeutschland, Rechtspopulismus, AfD, kollektives Gedächtnis, politische Polarisierung, sozioökonomische Konfliktlinie, soziokulturelle Konfliktlinie, ALLBUS

Korrespondierende Autor:

Conrad Ziller, Arbeitsgruppe Empirische Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, E-Mail: conrad.ziller@uni-due.de

Erste Fußnote:

Die zur Replikation der Analysen nötigen Daten und Skripte können unter folgendem Link heruntergeladen werden: https://osf.io/a35mb/overview?view_only=4c90edef3c1d4e7b90e5280b37f2c1a6

Gleichberechtigte Autorenschaft in alphabetischer Reihenfolge. Forschungsidee: NS, CZ; Datenaufbereitung: NS; Datenanalyse: NS (leitend), CZ; Projektverwaltung: CZ; Erster Manuskriptentwurf NS und CZ; Einleitung und Schlussfolgerungen: CZ; Überarbeitungen und finale Fassung: CZ (leitend), NS.

Conrad Ziller dankt der Fritz Thyssen Stiftung für die finanzielle Unterstützung des Projekts „Democracy in Crisis“ und Christian Stecker für hilfreiche Kommentare.

1. Einleitung

Mehr als drei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung bleibt die Frage nach ihrer Bewertung durch die ostdeutsche Bevölkerung von anhaltender politischer und gesellschaftlicher Relevanz. Die Wahrnehmung der Wiedervereinigung hat sich im Laufe der Zeit von anfänglicher Euphorie hin zu überwiegender Ernüchterung entwickelt, aber auch Ablehnung und Kritik werden berichtet (Heller et al. 2020, Fürnberg 2022, Pollack 2020). Die Kritik an der Wiedervereinigung weist durchaus eine emanzipatorische Komponente gegenüber westdeutscher Dominanz in der gesamtdeutschen Identitätsbildung auf (Mau 2024). Gleichzeitig ist eine generalisierte Kritik an der Wiedervereinigung oftmals konnotiert mit (wahrgenommener und/oder tatsächlicher) Marginalisierung, einem Gefühl des Fremdseins und Missverständenseins bis hin zu tiefgehender Kränkung und Enttäuschung (Kowalczyk 2024; Oschmann 2023). Auch wenn in der öffentlichen Debatte der Unmut über den Prozess der Wiedervereinigung vermehrt mit dem Erstarken der rechtspopulistischen AfD in Zusammenhang gebracht wird,¹ wurde dieser Zusammenhang in der empirischen Politikwissenschaft bislang kaum systematisch untersucht.

Diese Studie untersucht, inwieweit sich die Bewertung der Wiedervereinigung aus ostdeutscher Perspektive über die Zeit gewandelt hat. Die zentrale Annahme ist, dass eine Verschiebung von Fragen rund um ökonomische Teilhabe, sozialer Ungleichheit und mangelnder Anerkennung hin zur Ausbildung einer soziokulturellen Konfliktlinie stattgefunden hat, die zunehmend mit Anti-Elitismus und fremdenfeindlichen Ressentiments in Zusammenhang steht. Als zentrale Ursache für diesen Wandel kann eine zunehmende Instrumentalisierung der Wiedervereinigungskritik durch rechtspopulistische Akteure, insbesondere der Alternative für Deutschland (AfD), angeführt werden, die aktiv den Diskurs von einer primär sozioökonomisch fundierten Kritik hin zu einer identitätspolitischen Frage transformierten. Die vorliegende Untersuchung zielt darauf ab, diesen Transformationsprozess theoretisch zu konzeptualisieren, Hypothesen zu entwickeln und diese empirisch zu prüfen.

Die theoriebezogenen Argumente in dieser Studie basieren auf Ansätzen des kollektiven Gedächtnisses (Halbwachs 1992; Assmann 2007), der Salienz kollektiver Erinnerung (Elgenius & Rydgren 2019; Olick & Robbins 1998), ökonomischer und soziokultureller ideologischer Verortung (Hooghe & Marks 2018; Kitschelt & Rehm 2014) sowie affektiver Polarisierung und Rechtspopulismus (Berning & Ziller 2020; Mudde & Kaltwasser 2017; Wagner 2021). Die Kombination dieser Ansätze ermöglicht es, sowohl die kollektive Erinnerung an die Wiedervereinigung als dynamisches soziales Konstrukt zu begreifen, als auch die politische Instrumentalisierung dieser Erinnerung im Kontext zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung zu analysieren. Entsprechend bieten diese theoretischen Perspektiven einen geeigneten Rahmen für das Argument, dass sich die Wiedervereinigungskritik von einem sozioökonomischen hin zu einem identitätspolitischen Thema entwickelt hat.

Empirisch nutzen wir Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage mit überrepräsentierter Stichprobengröße von in Ostdeutschland lebenden Personen, in der zentrale Items zur Bewertung der Wiedervereinigung alle ein bis acht Jahre erhoben werden. Diese regelmäßige Erhebung macht es möglich, Trends und empirische Zusammenhänge

¹ <https://www.fr.de/politik/krumm-laeuft-erschuetterung-nach-afd-beben-was-in-ostdeutschland-tatsaechlich-zr-93288075.html>, zuletzt am 02.09.2026 aufgerufen.

über die Zeit abzubilden und dadurch Entwicklungen beim Thema Wiedervereinigungskritik nachzuzeichnen. Der ALLBUS bietet zudem den Vorteil, dass er nicht nur Einstellungen zur Wiedervereinigung erfasst, sondern auch eine Vielzahl relevanter Indikatoren zu politischen Orientierungen, demokratischen Einstellungen und sozioökonomischen Faktoren enthält (GESIS 2024). Dies ermöglicht eine umfassende Analyse von Korrelaten, die mit der Bewertung der Wiedervereinigung in Zusammenhang stehen, und zwar über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten. Methodisch nutzen wir Regressionsmodelle und Strukturgleichungsmodelle, die eine Modellierung von nicht-linearen Variablenbeziehungen über quadrierte Terme (Links-Rechts-Einstellung) sowie den Test von Mediatorvariablen erlauben. Die Ergebnisse zeigen eine im Zeitverlauf wachsende Diskrepanz zwischen Befragten am rechten Pol und Befragten in der politischen Mitte bzw. am linken Pol. Während sich die Bewertung mittig und vor allem links eingestufte Personen seit den frühen 1990er Jahren systematisch zugunsten einer positiveren Einschätzung verschiebt, bleibt die durchschnittliche Bewertung am rechten Pol zunächst schwankend, sinkt aber zwischen 2010 und 2023 deutlich. Der kurvilineare Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Selbsteinstufung und Wiedervereinigungsbewertung ist somit zwar bereits in den späten 1990er Jahren statistisch nachweisbar, schwächt sich um 2010 ab und ist ab 2018 zunehmend ausgeprägt. Ergebnisse aus Mediationsanalysen verdeutlichen, dass die ab 2018 zunehmende Kritik an der Wiedervereinigung am rechten Rand mit migrationskritischen Einstellungen, einem zentralen Merkmal der politisch-soziokulturellen Ideologie-Dimension, und 2023 mit AfD-Parteipräferenz zusammenhängt.

In der Gesamtbetrachtung legen die Ergebnisse unserer Studie nahe, dass sich die Wiedervereinigungskritik von einer Frage der ökonomischen Teilhabe hin zu einer identitätspolitischen Frage gewandelt hat. Die Befunde sind konsistent mit der Annahme, dass die zunehmende Thematisierung der Wiedervereinigung durch rechtspopulistische Akteure, insbesondere die AfD, zu dieser Entwicklung beigetragen hat. Die mögliche Folge ist eine zunehmend kulturell gesplante Bundesrepublik, in der die ursprünglich berechnigte sozioökonomische Kritik an der Wiedervereinigung von rechtspopulistischen Narrativen überlagert wird.

2. Theoretischer Rahmen

2.1 Die Wiedervereinigung als umkämpftes kollektives Erinnerungsobjekt

Trotz der unbestreitbaren positiven Entwicklungen wie der Etablierung demokratischer Institutionen, signifikanter Verbesserungen der Infrastruktur und beachtlicher wirtschaftlicher Aufholprozesse in vielen Regionen Ostdeutschlands (Ragnitz 2019), führten die damit verbundenen Herausforderungen wie Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung auch zu Erfahrungen kollektiver Deprivation und einer Entwertung ostdeutscher Lebensleistungen (Pollack 2020). Diese Entwicklungen bildeten den Nährboden für eine kritische Haltung gegenüber dem Einigungsprozess, die zunächst vorwiegend von linken politischen Akteuren artikuliert wurde und auf ökonomische Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit fokussierte (Furnberg 2022).

Die deutsche Wiedervereinigung stellt nicht nur ein historisches Ereignis dar, sondern fungiert als kollektives Erinnerungsobjekt, das kontinuierlich neu interpretiert und in gegenwärtige politische Diskurse eingebettet ist (Langenbacher 2010). Arbeiten zum kollektiven bzw. kulturellen Gedächtnis (Halbwachs 1992; Assmann 2007) stellen heraus, dass

vergemeinschaftete Erinnerungen auch durch soziale Ungleichheiten und Machtkonstellationen geformt werden. Dies erklärt, warum die Bewertung der Wiedervereinigung nicht statisch ist, sondern dynamischen Veränderungen unterliegt. So zeigen empirische Untersuchungen, dass sowohl Erinnerungen an den Nationalsozialismus als auch an die DDR-Zeit temporären Konjunkturen unterworfen sind und dass auch das Ausmaß bestimmter, teils widersprüchlicher Narrative variiert (Langenbacher 2010). Ein Beispiel hierfür ist die Spannung zwischen Narrativen der Betroffenheit und Schuld in Zusammenhang mit Aspekten autoritärer Unterdrückung, wie der Überwachung durch die Staatssicherheit, die im Kontrast zu Erzählungen des Stolzes (z.B. im Rahmen der Ostalgie-Debatte) stehen. Die sozialwissenschaftliche Forschung hat gezeigt, dass kollektive Erinnerungen besonders in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und Krisen mobilisiert werden (Olick und Robbins 1998). In diesem Kontext kann die Wiedervereinigung als „floating signifier“ (Laclau 2005) verstanden werden, also als ein Symbol, dessen Bedeutung nicht fixiert ist, sondern unterschiedliche Bedeutungen für verschiedene Gruppen aufweist und für unterschiedliche politische Projekte instrumentalisiert werden kann. Diese theoretische Perspektive hilft zu verstehen, warum die Kritik an der Wiedervereinigung von verschiedenen politischen Akteuren zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgegriffen und unterschiedlich gerahmt wurde.

In der Nachwendezeit haben insbesondere die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und ihre Nachfolgerin Die Linke eine zentrale Rolle bei der Artikulation kritischer Perspektiven auf den Einigungsprozess eingenommen. Als Nachfolgepartei der SED positionierte sich die PDS in den frühen 1990er Jahren als Interessenvertretung der ostdeutschen Bevölkerung und thematisierte die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen der Transformation (Patton 2012). Der Fokus lag dabei primär auf einer Kritik der kapitalistischen Transformation und auf sozioökonomischen Fragen wie Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und dem Verlust sozialer Sicherheiten (Neugebauer und Stöss 1999). In dieser Debatte sprachen Kritiker mitunter von einer „Kolonialisierung der DDR“ (Dümcke und Vilmar 1996) und forderten nachholende Gerechtigkeit für die ostdeutsche Bevölkerung (Kollmorgen 2011). Mit der Transformation zur Linkspartei in 2005 und zur Partei Die Linke in 2007 erweiterte sich zwar die Wählerbasis über Ostdeutschland hinaus, doch die kritische Perspektive auf die Wiedervereinigung blieb ein identitätsstiftendes Element der Partei (Hough et al. 2007). Im Gegensatz zur späteren Rahmung durch die AfD blieb die Wiedervereinigungskritik der Linken jedoch stets in einen klassenpolitischen Diskurs eingebettet, der auf soziale Ungleichheit und ökonomische Gerechtigkeit fokussierte, anstatt kulturelle oder identitätspolitische Aspekte in den Vordergrund zu stellen (Jesse & Lang 2012).

Über den Zusammenhang zwischen politisch linksgerichteten Ostdeutschen und einer höheren Unzufriedenheit mit der Wiedervereinigung liegen in der wissenschaftlichen Literatur divergente Argumente vor. Heller et al. vermuten, dass bei linken Ostdeutschen eine „Trauer um das verlorene sozialistische System und die damit einhergehenden sozialpolitischen Vorteile“ (2020: 34) vorliegt, die dazu führt, dass der *Status quo ante* dem aktuellen politischen System vorgezogen wird. Fűrberg (2022) bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den Terminus „Ostalgie“, der eine starke nostalgische Sehnsucht nach der DDR beschreibt, wobei argumentiert wird, dass ein Vorziehen der DDR gegenüber dem gegenwärtigen politischen System konstitutiv für das Konzept der Ostalgie sei. Unter der Prämisse, dass politisch linksgerichtete Ostdeutsche eine höhere Sehnsucht nach der DDR verspüren, kann insbesondere die hohe Unzufriedenheit mit der Wiedervereinigung unter linken Personen in den 90er-Jahren begründet werden. Der inkrementelle Abbau ökonomischer Deprivation in

Ostdeutschland kann, zusammen mit abnehmender Ostalgie, bewirkt haben, dass gleichzeitig die Zufriedenheit mit der Wiedervereinigung zunahm. Eine Zunahme der positiven Bewertung der Einheit in Ostdeutschland könnte entsprechend vorrangig für Linksgerichtete gelten, da speziell die sozioökonomische Benachteiligung Ostdeutschlands im Zuge der Deutschen Einheit Kernbestandteil linker Wiedervereinigungskritik war.

2.2 Die AfD als identitätspolitischer Polarisierungsunternehmer

Mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland lässt sich seit den 2010er Jahren eine signifikante Transformation in der diskursiven Rahmung der Wiedervereinigungskritik beobachten. Diese Entwicklung war eingebettet in breitere rechte Mobilisierungsprozesse, darunter die „Mahnwachen für den Frieden“ (2014) und vor allem PEGIDA (ab 2014), die bereits ostdeutsche Identitätsnarrative („Montagsdemonstrationen“) mit migrationsfeindlichen Positionen verknüpften. Während die AfD ursprünglich als wirtschaftsliberale Anti-Euro-Partei mit westdeutscher Führung gegründet wurde, hat sie sich zunehmend zu einer rechtspopulistischen Partei mit Fokus auf Anti-Immigration und Anti-Elitismus sowie einer starken Verankerung in Ostdeutschland entwickelt (Arzheimer & Berning 2019). Mau et al. (2023) sprechen im Zusammenhang mit dem Agieren der AfD auch von „Polarisierungsunternehmern“, die gezielt politische Streitthemen aufgreifen und verstärken, um die Bevölkerung zu spalten und mit „disruptiver Opposition“ die Legitimität und Effektivität demokratischer Politik zu untergraben.

Im Gegensatz zur klassenpolitischen Rahmung der Linken betont die AfD eine spezifisch ostdeutsche Identität, die sie als bedroht durch westdeutsche Eliten und deren vermeintliche kulturelle Hegemonie darstellt. Führende AfD-Politiker wie Björn Höcke greifen wiederholt auf Begriffe und Deutungsmuster der Friedlichen Revolution zurück, etwa mit Slogans wie „Wende 2.0 – Damals wie heute: Wir sind das Volk“ oder „Vollende die Wende“. Damit stellen sie die Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 als unvollendet dar und verbinden ostdeutsche Benachteiligungs- und Entfremdungserfahrungen mit der Forderung nach einem erneuten politischen Umbruch. Höcke verschärft diese Ost-West-Gegenüberstellung zudem, indem er im Juni 2026 Ostdeutsche als die „eigentlichen Deutschen“ bzw. als besonders bewahrte Träger deutscher Identität inszenierte, während er Westdeutschen eine kulturelle Entfremdung zuschrieb.² Eine solche Rhetorik zielt darauf ab, die Wiedervereinigung als einen von westdeutschen Eliten dominierten Prozess zu rahmen und die Wahrnehmung einer kollektiven Viktimisierung zu konstruieren. Dies schließt an Kernmerkmale rechtspopulistischer Kommunikationsstrategien an, die einen Antagonismus zwischen „dem unbescholtenen Volk“ und „der korrupten Elite“ konstruieren (Mudde & Kaltwasser 2017) und gezielt Emotionen wie Wut, Angst oder Frustration nutzen, um Aufmerksamkeit zu generieren und Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren (Hameleers et al. 2017; Quent 2019; Wirz 2018; Weisskircher 2020).

Vor diesem Hintergrund kann die Strategie der AfD auch als Supply-Side-Populismus charakterisiert werden, um zu betonen, dass populistische Bewegungen nicht nur auf vorhandene Nachfrage reagieren, sondern diese aktiv formen und verstärken (Elgenius & Rydgren 2019). Die Strategie der AfD lässt sich ebenso im Sinne einer Challenger-Party (De Vries & Hobolt 2020) verstehen, d.h. die Nutzung des Themas Wiedervereinigung, um sich von etablierten Parteien abzugrenzen und neue Wählerschichten zu erschließen. Denn die

² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-06/bjoern-hoecke-afd-westdeutsche-ostdeutschland-unterschiede>, zuletzt am 02.09.2026 aufgerufen.

Fragmentierung des politischen Raums führt zu strategischen Trade-offs für etablierte Parteien, da programmatische Positionen Gewinne bei einer Wählergruppe mit Verlusten bei einer anderen erkaufen können (Abou-Chadi et al. 2025). Challenger-Parties wie die AfD profitieren von diesen Trade-offs etablierter Parteien, indem sie gezielt Wedge-Issues (d.h. Streitpunkte innerhalb der Wähler:innenschaft konkurrierender Parteien) nutzen, um traditionelle Wählerbindungen aufzubrechen. Eine solche normative Transformation von Themen funktioniert dabei insbesondere, wenn diese Themen ambivalent und emotionalisiert sind. Die Wiedervereinigung stellte für die ostdeutsche Bevölkerung einen tiefgreifenden Umbruch dar, der mit komplexen Erfahrungen von Gewinn und Verlust verbunden war. Einerseits brachte die Wiedervereinigung politische Freiheiten, Reisemöglichkeiten und neue wirtschaftliche Chancen. Andererseits führte sie zu Massenarbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und der Entwertung ostdeutscher Biografien und Qualifikationen (Pollack 2020). Die Bewertung der Wiedervereinigung ist daher von Beginn an ambivalent gewesen. In diesem Sinne ist eine identitätsbasierte Deutung der Wiedervereinigung auch als Versuch zu verstehen, Gruppenkohäsion zu stärken und ostdeutsche soziale Identitäten aufzuwerten, auch wenn diese über die Abgrenzung von der Außengruppe der „westdeutschen Eliten“ funktioniert (Hogg 2013).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die AfD die Wiedervereinigungskritik umgedeutet und von einem primär ökonomischen zu einem identitätspolitischen Thema transformiert hat. Diese Perspektive ermöglicht es, zu verstehen, warum die Bewertung der Wiedervereinigung zunehmend mit rechten politischen Positionen assoziiert wird, obwohl sie zuvor grundlegend mit linken Positionen verbunden war. Sie erklärt auch, warum die AfD möglicherweise Wählerinnen und Wähler der Linken gewinnen konnte, die traditionell die Kritik an der Wiedervereinigung artikuliert hat.

2.3 Hypothesenentwicklung: Vom sozioökonomischen zum soziokulturellen Konflikt

Die theoretischen Überlegungen zu kollektiver Erinnerung, politischer Polarisierung und der strategischen Rolle von Challenger Parties münden in drei zentrale Hypothesen, die den Transformationsprozess der Wiedervereinigungskritik in Ostdeutschland sowohl auf der ideologischen als auch auf der motivationalen Ebene adressieren. Diese Hypothesen greifen aktuelle Erkenntnisse zur Erosion traditioneller Konfliktlinien (Hooghe & Marks 2018), zur affektiven Polarisierung (Wagner 2021) und zu den spezifischen Dynamiken posttransformatorischer Gesellschaften (Buščíková 2018) auf. Die Analyse individueller Einstellungsmuster ist dabei unerlässlich, um die Mikrofundierung makropolitischer Transformationen zu verstehen. Während sich unsere theoretischen Argumente auf von politischen Akteuren vorangetriebene Veränderungen fokussieren, manifestieren sich diese letztlich in veränderten Zusammenhängen auf der Individualebene. So zeigt beispielsweise die Forschung zu populistischen Bewegungen, dass deren Erfolg nicht nur von strukturellen Gelegenheiten abhängt, sondern auch von ihrer Fähigkeit, latente Einstellungen zu aktivieren und neue ideologische Verknüpfungen zu schaffen (Valentim 2024).

Die erste Hypothese postuliert eine fundamentale Neuverortung der Wiedervereinigungskritik im politischen Spektrum. Während traditionell eine lineare Beziehung zwischen linker Ideologie und Kritik an der Wiedervereinigung bestand, erwarten wir eine Entwicklung hin zu einem umgekehrt u-förmigen Muster mit ausgeprägter Kritik sowohl am linken als auch insbesondere am rechten Rand.

Hypothese 1 (Ideologisches Realignment): Im Zeitverlauf wird die Wiedervereinigung zunehmend kritisch von ostdeutschen Personen betrachtet, die sich ideologisch rechts einstufen, während die kritische Haltung von Personen, die sich links einstufen, abnimmt.

Eine theoretische Begründung, welche die strategische Umdeutung der Wiedervereinigungskritik durch rechtspopulistische Akteure auf der Makroebene mit Einstellungsänderungen auf der Mikroebene argumentativ verknüpft, ist Shayos (2009) Modell der Identitätswahl. Demnach folgen ökonomisch benachteiligte Gruppen bei der politischen Wahlentscheidung unter bestimmten Bedingungen nationalistischen anstatt redistributiven politischen Angeboten. Dies geschieht insbesondere dann, wenn die wahrgenommene Statusverbesserung durch identitäre Aufwertung (via Außengruppenabwertung) die erwartbaren Gewinne aus ökonomischer Umverteilung übersteigt. Grundlage für diese Annahme bildet die soziale Identitätstheorie (Tajfel & Turner 2004), wonach Individuen nach einer positiven sozialen Identität streben, die durch günstige Vergleiche mit relevanten Außengruppen erreicht wird. Für Ostdeutschland bedeutet dies: Obwohl materielle Angleichungsmaßnahmen implementiert wurden, bleibt die relative Position in Bezug auf Lebensstandard, Lebenschancen und gesellschaftliche Anerkennung hinter der westdeutschen Bevölkerung zurück. Narrative, die nun anstatt materieller Aufwertung auf einen Antagonismus zwischen „dem ostdeutschen Volk“ und „westdeutschen Eliten“ abheben und dabei die Besonderheit ostdeutscher Lebenswirklichkeit jenseits eines statusorientierten Ost-West-Vergleichs herausstellen, können vor diesem Hintergrund attraktiver erscheinen als Vergleiche auf materieller bzw. statusbezogener Grundlage.

Die zweite Hypothese adressiert die politische Mobilisierung der Wiedervereinigungskritik durch die AfD.

Hypothese 2 (Vermittlung AfD-Parteipräferenz): Die Präferenz für die AfD vermittelt im Zeitverlauf zunehmend den Zusammenhang zwischen rechter ideologischer Selbsteinschätzung und Wiedervereinigungskritik.

Diese Hypothese betont die parteistrategische Dimension der Wiedervereinigungskritik und geht davon aus, dass die diese am rechten Rand zunehmend über eine AfD-Parteienpräferenz vermittelt bzw. mediiert wird. Entsprechend unserer Annahmen, fungiert die AfD dabei als „Issue Entrepreneur“ (Hobolt & De Vries 2015) und wird zunehmend „Issue Owner“ (Petrocik 1996) der transformierten Wiedervereinigungskritik, indem sie das Thema erfolgreich von seinem ursprünglich linken Kontext löst und in ihre rechtspopulistische Agenda integriert. Basierend auf den umrissenen Änderungen in der strategischen Kommunikation der AfD, kann davon ausgegangen werden, dass das (potenzielle) Elektorat dieser Partei zunehmend eine kritische Position gegenüber der Wiedervereinigung übernimmt.

Theoretisch basiert diese Erwartung auf dem Konzept der „party cues“ (Druckman et al. 2013), wonach Parteien als kognitive Orientierungspunkte für ihre Anhänger fungieren und neue Themen-Positionen etablieren können, selbst wenn diese nicht unmittelbar auf bestehenden ideologischen Präferenzen basieren. Diese Form der politischen Unterstützung ist besonders relevant in Kontexten (zunehmender) affektiver Polarisierung, d.h. emotionale Abneigung zwischen Parteigruppen (Wagner 2021; Iyengar et al. 2019). Denn in polarisierten politischen Kontexten werden Einstellungen vermehrt durch Parteiempfehlungen und -zugehörigkeiten geprägt, während der Einfluss substanzieller Informationen abnimmt, was paradoxerweise zu größerer Meinungssicherheit bei gleichzeitig geringerer inhaltlicher Fundierung führt (Druckman et al. 2013).

Gleichzeitig stehen etablierte Parteien wie Die Linke vor strategischen Trade-offs: Denn jede programmatische Änderung birgt das Risiko, Teile der eigenen elektoralen Basis zu verlieren. Linke und sozialdemokratische Parteien, die neben Forderungen ökonomischer Umverteilung zunehmend auch soziokulturell progressive Parteipositionen einnehmen, sprechen nun zwar auch gebildete, urbane Wähler an. Allerdings ist der stärkere Fokus auf soziokulturell linke bzw. progressive Themen weniger resonanzfähig für traditionelle Arbeitermilieus, wobei diese sich zunehmend von soziokulturell konservativen Themen rechtspopulistischer Parteien angesprochen fühlen.

Um dieser Annahme einen erweiterten Test zu unterziehen, bezieht sich Hypothese 3 auf ebendiese ideologische Motivstruktur und postuliert das Folgende.

Hypothese 3 (Vermittlung soziokulturelle Einstellung): Anti-Migrations-Einstellungen (als Indikator soziokulturell rechter Einstellungen) vermitteln im Zeitverlauf zunehmend den Zusammenhang zwischen rechter ideologischer Selbsteinschätzung und Wiedervereinigungskritik.

Diese Annahme adressiert den Kern der theoretischen Argumentation bezüglich der Verschiebung von der sozioökonomischen zur soziokulturellen Konfliktlinie (Hillen & Steiner 2020; Hooghe & Marks 2018; Kitschelt & Rehm 2014). Die Bedeutung dieser Transformation zeigt sich in der zunehmenden Strukturierung des politischen Wettbewerbs entlang eines zweidimensionalen Ideologieraums, in dem die traditionelle sozioökonomische Links-Rechts-Achse durch eine soziokulturelle Dimension ergänzt wird (Kriesi et al. 2008; Bornschieur 2010). Während die sozioökonomische Dimension weiterhin Fragen der Umverteilung und staatlichen Intervention umfasst, strukturiert die soziokulturelle Dimension Konflikte um Immigration, Minderheitenrechte und kulturellen Liberalismus versus Autoritarismus (Häusermann & Kriesi 2015).

Die soziokulturelle Konfliktlinie wird in der politikwissenschaftlichen Forschung primär durch Einstellungen zu Immigration operationalisiert (Mau et al. 2020), umfasst jedoch ein breiteres Spektrum korrelierter Aspekte. Für eine progressive soziokulturelle Ideologie sind Einstellungen zu Minderheitenrechten und pluralen Lebensstilen, Geschlechtergerechtigkeit sowie Klimaschutz charakteristisch (Norris & Inglehart 2019). Auf der konservativen Seite dieser Dimension finden sich neben immigrationskritischen Positionen auch Präferenzen für traditionelle Familienmodelle, nationale Souveränität und Skepsis gegenüber supranationaler Integration (De Vries 2018). Die Verschiebung von sozioökonomischer Ungleichheitskritik als primärem Motiv der Wiedervereinigungskritik hin zu soziokulturellen Faktoren reflektiert dabei einen breiteren gesellschaftlichen Trend, bei dem materielle Ungleichheit zwar objektiv fortbesteht, sie aber zunehmend durch kulturelle und identitäre Rahmungen interpretiert wird (Gidron & Hall 2017). Dies ermöglicht eine Umdeutung seitens rechtspopulistischer Akteure, bei der ökonomische Benachteiligung nicht mehr als Klassenfrage, sondern als Resultat kultureller Fremdbestimmung und Elitenverrat interpretiert wird (Mudde & Kaltwasser 2017).

Konkret erwarten wir zwei empirische Muster. Erstens sollte Ungleichheitskritik als eigenständiger Prädiktor der Wiedervereinigungsbewertung im Zeitverlauf an Bedeutung verlieren, was den abnehmenden Stellenwert sozioökonomischer Deutungsrahmen widerspiegelt. Zweitens erwarten wir, dass soziokulturelle Einstellungen – insbesondere migrationskritische Positionen – zunehmend als Transmissionsmechanismen fungieren, über die ideologische Verortung in Wiedervereinigungskritik übersetzt wird. Empirisch sollte sich dies in statistisch signifikant vermittelten Zusammenhängen über Anti-Migrations-

Einstellungen zeigen, die spezifisch am rechten Rand des ideologischen Spektrums und insbesondere seit der rhetorischen Vereinnahmung seitens der AfD wirksam sind.

3. Daten und Methodik

3.1 Daten

Als Datengrundlage für die nachfolgende empirische Analyse verwenden wir die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), in der alle zwei Jahre in Deutschland lebende Personen zu politischen Einstellungen und soziodemografischen Merkmalen befragt werden (GESIS 2025). Das Auswahlverfahren im ALLBUS erfolgt durch eine zweistufige, disproportional geschichtete Zufallsstichprobe mit Oversampling in Ostdeutschland lebender Personen, sodass auch für diese Gruppe belastbare und inferenzstatistische Analysen möglich sind. Um die Entwicklung der Bewertung der Einheit in Ostdeutschland im Zeitverlauf zu prüfen, nutzen wir die ALLBUS Kumulation 1980–2021 (ZA5284; GESIS 2024) und den ALLBUScompact-Datensatz 2023 (ZA8831; GESIS 2025). Beobachtungsgrundlage sind erwachsene Personen, die zum Befragungszeitpunkt in Ostdeutschland wohnhaft waren. Die Fallzahl variiert je Erhebungszeitpunkt zwischen 745 (2000) und 1481 Personen (1991)³.

3.2 Variablen und Operationalisierung

3.2.1 Abhängige Variable

Die abhängige Variable ist eine positive Bewertung der Einheit für Ostdeutschland, welche mit der Zustimmung zu folgendem Item operationalisiert wird: *„Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den neuen Bundesländern mehr Vor- als Nachteile gebracht“*. Die umkodierte vierstufige Antwortskala rangiert zwischen 1 (*„stimme überhaupt nicht zu“*) und 4 (*„stimme voll zu“*). Das entsprechende Item wurde im ALLBUS in den folgenden Erhebungsjahren abgefragt: 1991, 1992, 1994, 1998, 2000, 2006, 2010, 2018 und 2023. Somit liegen genügend Abfragezeitpunkte vor, um eine Trendanalyse für längere Zeiträume zu ermöglichen.

3.2.2 Unabhängige Variablen

Zur Messung der Selbsteinschätzung der persönlichen Links-Rechts-Ideologie konnten sich Befragte auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) politisch-ideologisch einordnen. Die Variable ist annähernd normalverteilt mit geringen Häufigkeiten bei minimalen bzw. maximalen Werten. Um verlässliche Aussagen für die „ideologischen Ränder“ zu tätigen, wurden in deskriptiven Analysen Variablenwerte kategorisiert, sodass Personen, die sich zwischen 1 und 3 politisch verorten, als *links*, die sich zwischen 4 und 7 verorten, als politische Mitte und, die sich zwischen 8 und 10 verorten, als *rechts* klassifiziert werden. In Regressionsmodellen wurde zudem die quadrierte Links-Rechts-Selbsteinschätzung als Prädiktor genutzt, um Zusammenhänge an den politischen Rändern bzw. kurvilineare Zusammenhänge zu identifizieren.

³ Eine Übersicht über die vorliegenden Fallzahlen für die relevanten Befragungszeitpunkte bietet Tabelle A1 im Online-Anhang. Wegen listenweisem Fallausschluss liegen die Fallzahlen des analysierten Samples zwischen 545 und 1231.

Im zweiten Teil der Analyse werden neben (quadrierter) Links-Rechts-Selbsteinstufung auch die Wahlabsicht sowie Indikatoren für sozioökonomische und soziokulturelle Ideologiedimensionen als Mediatorvariablen verwendet. Konkret nutzen wir die Wahlabsicht („wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“) der Partei PDS/Linkspartei/Linke (je nach Erhebungszeitraum) als binäre Variable (1: *Wahl Linke*, 0: *Nicht-Wahl bzw. Wahl anderer Partei*) und die Wahl der NPD/Republikaner bis 2010 und ab 2018 die Wahl der AfD als binäre Variable (1: *Wahl NPD/Republikaner/AfD*, 0: *Nicht-Wahl bzw. Wahl anderer Partei*). Kritik an sozialer Ungleichheit wird als Ablehnung des Items „Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht“ gemessen. Zur Operationalisierung der soziokulturellen Komponente wurde ein additiver, ungewichteter Index aus vier Items zur Einstellung gegenüber Flüchtlingen gebildet, der Anti-Migrations-Einstellungen misst. Es ist einschränkend zu konstatieren, dass aufgrund der Datenverfügbarkeit für das Erhebungsjahr 2010 und früher abweichende Indizes zur Operationalisierung von Anti-Migrations-Einstellungen genutzt werden (siehe Tabelle A2).

Um mögliche Verzerrungen aufgrund ausgelassener Alternativerklärungen bestmöglich auszuschließen, nutzen wir die Variablen Alter, Einkommen, Geschlecht und Bildungsniveau als Kontrollvariablen. Aufgrund der zunehmenden Relevanz von Stadt-Land-Differenzen sowie variierendem Einfluss von ökonomischen Bewertungen in der politischen Kulturforschung (Arzheimer und Bernemann 2024; Kenny und Luca 2021; Steiner 2024), kontrollieren wir zudem für den Wohnort (Land/Stadt) und die Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation der befragten Person (prospektive Wirtschaftssituation). Da die prospektive Wirtschaftseinschätzung auch als potenzieller Mediator und nicht nur als Konfundierungsvariable interpretiert werden kann, haben wir alle Modelle zusätzlich ohne diese Kontrollvariable geschätzt. Die Koeffizienten der (quadrierten) Links-Rechts-Selbsteinschätzung sowie das Mediationsmuster bleiben dabei nahezu unverändert, sodass die Befunde nicht auf einen Overcontrol-Bias zurückzuführen sind. Eine Auflistung aller verwendeten Variablen (inklusive Frageformulierung, Item-Bezeichnung, Kodierungen und deskriptive Statistiken) befindet sich in Tabellen A2 und A3 im Online-Anhang.

Hinsichtlich des Umgangs mit fehlenden Werten verwenden wir einen listenweisen Fallausschluss. Diese Entscheidung stützt sich einerseits auf Simulationsstudien, die nahelegen, dass Imputationsverfahren Verzerrungen von Koeffizientenschätzungen unter Umständen eher verstärken als verringern (Pepinsky 2018). Andererseits sind die Effizienzverluste angesichts des vorliegenden Stichprobenumfangs als eher gering einzustufen und die Imputation könnte reale Unterschiede über die Zeit (z.B. aufgrund von Einstellungswandel) künstlich glätten, was vor dem Hintergrund unseres Untersuchungsziels kontraproduktiv wäre.

3.3 Methodisches Vorgehen

Zur Prüfung von Hypothese 1 besteht der erste Analyseteil aus einer deskriptiven Trendanalyse, in der die mittlere Zustimmung zur Aussage „Die Wiedervereinigung hatte mehr Vor- als Nachteile für die neuen Bundesländer“ insgesamt und getrennt für linke und rechte Befragte für die verfügbaren Zeitpunkte 1991 bis 2023 dargestellt wird. Als weitere deskriptive Grundlage stellen wir bivariate Zusammenhänge zwischen der Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Bewertung der Wiedervereinigung mittels LOESS-Smoothern (lokal gewichtete polynomiale Regressionen) dar. Zudem bilden wir den Zusammenhang auf Basis einer kategorialen Links-Rechts-Selbsteinschätzung (links, politische Mitte, rechts) ab. Dies

bietet den Vorteil, dass durch die Aggregation von Antwortkategorien die Schätzungen innerhalb der Gruppen verlässlicher werden als bei Verwendung einer metrischen Variable mit geringen Fallzahlen an den Extremwerten. In der grafischen Darstellung verwenden wir 83%-Konfidenzintervalle, da deren Nicht-Überlappung approximativ einem statistisch signifikanten Unterschied auf 5%igem Signifikanzniveau entspricht, was die visuelle Interpretation zwischen Zeitpunkten und Gruppen erleichtert.

Anschließend werden multiple OLS-Regressionsmodelle geschätzt, die Hypothese 1 unter Kontrolle relevanter Drittvariablen testen.⁴ Die ersten Modelle eruieren, inwieweit die Links-Rechts-Selbsteinschätzung und der quadrierte Term der Links-Rechts-Selbsteinstufung systematisch mit der Wiedervereinigungsbewertung in Zusammenhang stehen, wenn für relevante Drittvariablen kontrolliert wird. Weitere Regressionsmodelle beziehen Mediatorvariablen schrittweise mit ein, um Hypothesen 2 und 3 zu testen: Während die Aufnahme der Parteipräferenz als Mediator prüft, inwieweit der Zusammenhang zwischen (quadrierter) Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Wiedervereinigungsbewertung über die AfD-Präferenz vermittelt wird (H2), adressiert die Aufnahme von Anti-Migrations-Einstellungen und Ungleichheitskritik die Annahme einer zunehmenden Vermittlung durch soziokulturelle Einstellungen (H3). Ergänzend hierzu werden Strukturgleichungsmodelle (SEM) geschätzt, die eine simultane Modellierung der Pfade von ideologischer Selbstverortung über die Mediatoren (Anti-Migrations-Einstellungen und Ungleichheitskritik bzw. Parteienpräferenz) zur Wiedervereinigungsbewertung und damit einer Schätzung indirekter Effekte erlauben. Dies ermöglicht präzise Tests der Hypothesen 2 und 3. Die indirekten Effekte werden mithilfe der Delta-Methode berechnet und auf statistische Signifikanz geprüft. Da der marginale Effekt der Links-Rechts-Selbsteinstufung bei Vorhandensein eines quadrierten Terms über das Ideologiespektrum variiert ($\partial Y / \partial LR = \beta_1 + 2\beta_2 \cdot LR$), werden die indirekten Effekte nicht nur als Koeffizienten der linearen und quadrierten Terme ausgewiesen, sondern auch als marginale indirekte Effekte an zwei substantiell relevanten Stellen des Ideologiespektrums berechnet: bei LR=3 (links) und LR=8 (rechts). Dieses Vorgehen erlaubt eine inhaltliche Interpretation der Mediation an den politischen Rändern.

In allen aufgestellten Regressionsmodellen werden die einbezogenen Variablen mithilfe der Min-Max-Normalisierung (d.h. Variablenwerte mit dem Minimum 0 und Maximum 1) transformiert, um eine Vergleichbarkeit der Regressionskoeffizienten zu gewährleisten. Eine durchgeführte Regressionsdiagnostik zeigt, dass in einigen spezifizierten Regressionsmodellen Heteroskedastizität vorliegt. Deshalb verwenden wir in den Regressionsanalysen robuste HC3-Standardfehler (MacKinnon & White 1985). Zudem ist darauf hinzuweisen, dass eine Gewichtung der Daten mittels Designgewicht, das den Wechsel vom ADM-Haushaltsstichprobendesign (1980–1992, 1998) zur Personenstichprobe (ab 1994 bzw. 2000) korrigiert (GESIS 2024), zu übereinstimmenden Resultaten führt.

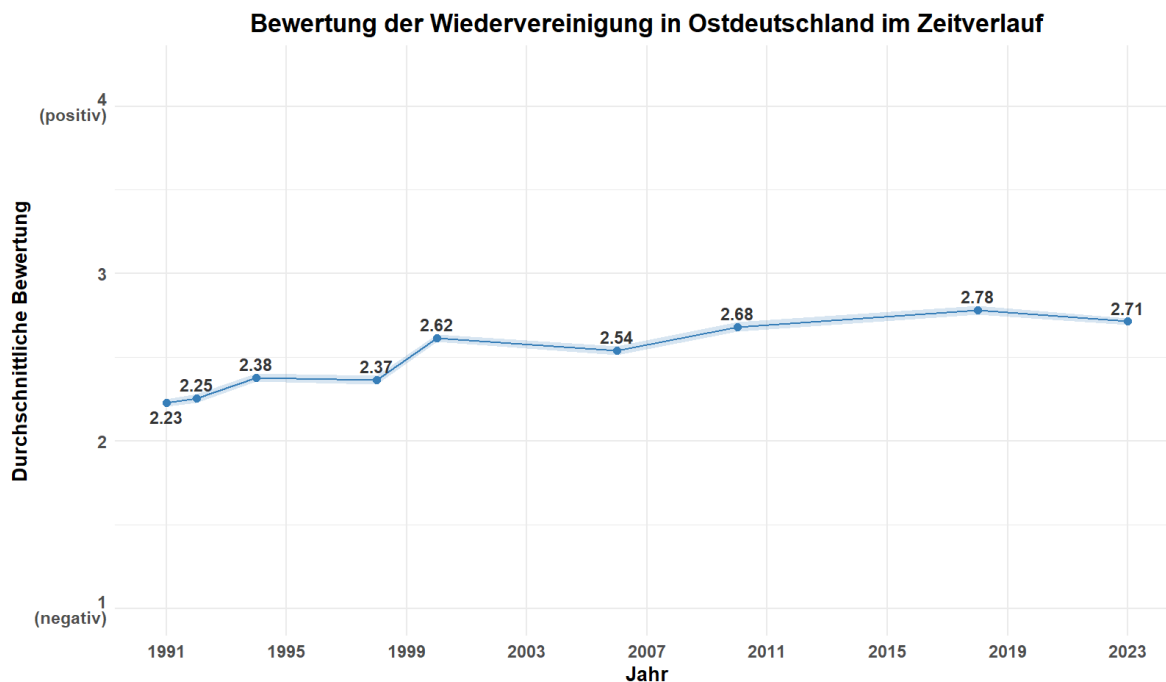
4. Empirische Befunde zur Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland

Zur deskriptiven Einordnung stellen wir zunächst in Abbildung 1 die durchschnittliche Zustimmung zur Aussage „Die Wiedervereinigung hatte mehr Vor- als Nachteile“ für Ostdeutschland im Zeitverlauf dar. Insgesamt zeigt sich ein positiver Trend. Direkt nach der

⁴ Wir möchten hervorheben, dass die Spezifizierung von ordinal-logistischen Regressionsmodellen zu substantiell ähnlichen Ergebnissen führt. Diese Robustheitsanalysen können über die Replikationsdateien nachvollzogen werden.

Wiedervereinigung im Jahr 1991 lag die durchschnittliche Zustimmung bei 2,23 (vierstufige Antwortskala von 1–4). 1998 war die durchschnittliche Zustimmung bei 2,37, 2000 bei 2,62 und 2018 erreichte sie einen Wert von 2,78. Seit 2018 ist ein marginaler Rückgang der durchschnittlichen Zustimmung mit einem Wert von 2,71 (2023) zu verzeichnen.

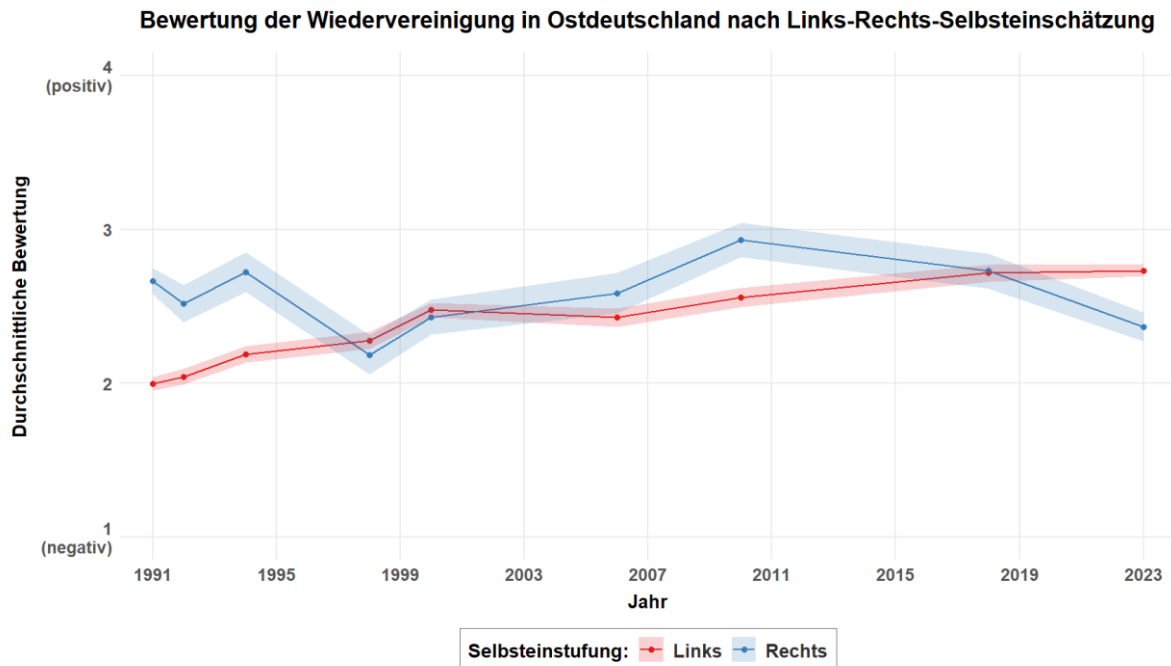
Abb. 1: Durchschnittliche Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland im Zeitverlauf (1991–2023)



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis des ALLBUScompact 2023 und ALLBUS Kumulation 1980–2021. Abgebildet sind Punktschätzungen der Mittelwerte und die 83%-Konfidenzintervalle der Mittelwerte.

In einem nächsten Schritt untersuchen wir die zeitliche Entwicklung getrennt für Personen, die sich politisch *links* (Skalenwerte 1–3) und *rechts* (Skalenwerte 8–10) einordnen (Abbildung 2). Abbildung 2 verdeutlicht, dass die anfängliche Wiedervereinigungskritik unmittelbar nach der Wiedervereinigung insbesondere im linken politischen Spektrum vorzufinden ist. Beispielsweise hat die durchschnittliche Bewertung für links eingestufte Befragte im Jahr 1991 einen Wert von 1,99. Personen, die sich als rechts einstuften, bewerteten zum selbigen Befragungszeitpunkt die Einheit mit einem Mittelwert von 2,66 statistisch signifikant positiver. Im Zeitvergleich lässt sich feststellen, dass bei Personen des linken politischen Spektrums ein positiver Trend vorliegt. Die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Einheit stieg hier von 1,99 (1991) auf 2,73 (2023) an. Demgegenüber nahm die mittlere Bewertung bei Personen, die als rechts klassifiziert sind, zunächst ab (2,18 in 1998), erreichte 2010 einen Höhepunkt (2,93) und nahm seitdem wieder ab. Im Jahr 2023 erreichte die durchschnittliche Bewertung unter rechten Befragten den zweitgeringsten Wert (2,37) und lag damit zum ersten Mal statistisch signifikant unter der durchschnittlichen Bewertung der linksgerichteten Befragten.

Abb. 2: Durchschnittliche Bewertung der Wiedervereinigung nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (1991–2023)



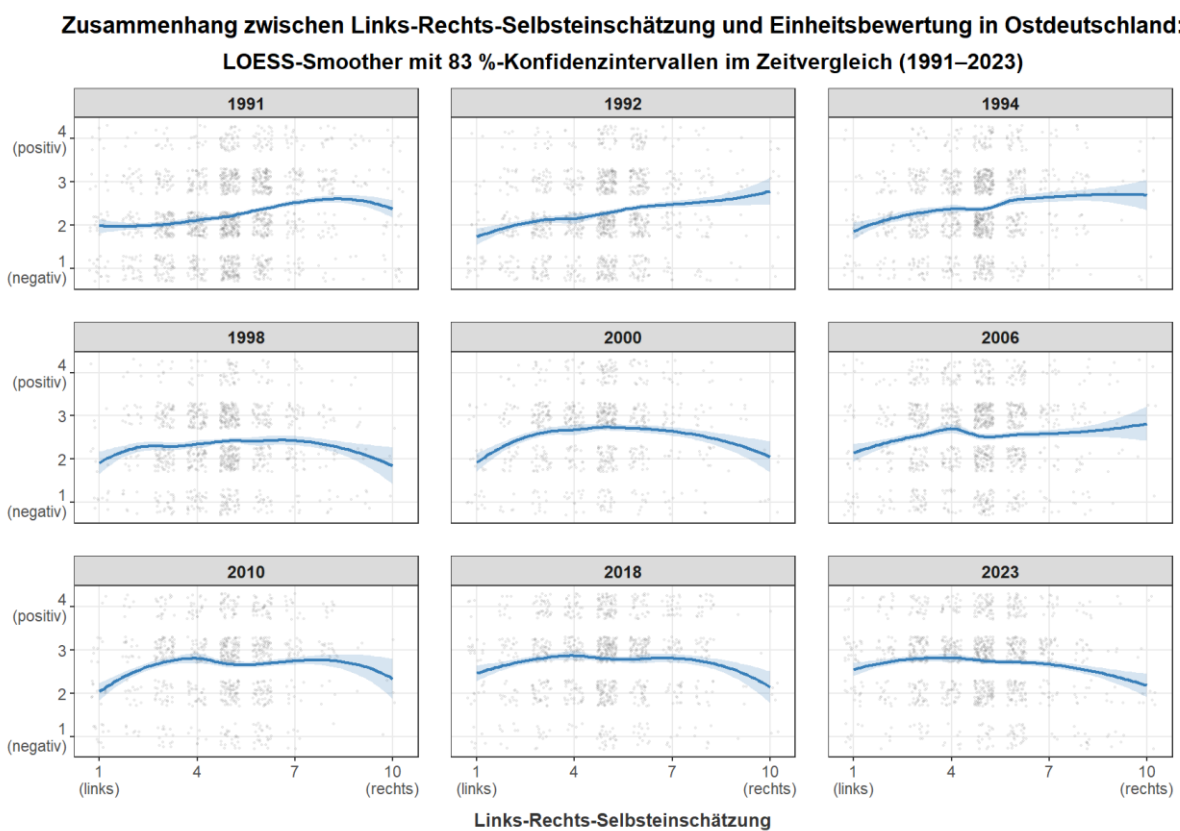
Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis des ALLBUScompact 2023 und ALLBUS Kumulation 1980–2021. Abgebildet sind Punktschätzungen der Mittelwerte und die 83%-Konfidenzintervalle der Mittelwerte. Damit wird sichergestellt, dass eine grafische Überlappung des Konfidenzintervalls einen nicht-signifikanten Effektunterschied abbildet, während eine Nicht-Überlappung einen signifikanten Unterschied ($p < 0.05$, zweiseitig getestet) repräsentiert. Die ideologische Selbsteinschätzung (1–10) wurde kategorial umkodiert: *Links* (1–3) und *Rechts* (8–10). Personen, die sich der Mitte (4–7) zuordnen, werden aus Übersichtlichkeitsgründen nicht in der Abbildung abgetragen.

Um den Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Ideologie und Bewertung der Wiedervereinigung näher zu prüfen, worauf sich Hypothese 1 bezieht, stellen wir zunächst geglättete lokale Regressionsfunktionen zwischen beiden Variablen für alle verfügbaren Zeitpunkte dar. Die entsprechenden grafischen Darstellungen in Abbildung 3 zeigen, dass für die Zeitpunkte 1991, 1992, 1994 und 2006 lineare Muster vorliegen. Für die Zeitpunkte 1998, 2000, 2010, 2018 und 2023 zeigt sich ein tendenziell kurvilinearere Zusammenhang, wobei die Konfidenzintervalle insbesondere am rechten Rand sehr breit sind, was vorrangig auf die geringe Fallzahl in diesem Wertebereich zurückzuführen ist.

Um an den Randbereichen der empirischen Verteilung verlässliche Aussagen treffen zu können, stellen wir im nächsten Schritt den Zusammenhang für eine kategorisierte Links-Rechts-Variable in Abbildung 4 dar. Hier werden zunächst die Befunde ohne Kontrollvariablen beschrieben, die Ergebnisse mit Kontrollvariablen finden sich als Dreiecke dargestellt sowie in Tabelle A5 im Online-Anhang. Die Befunde lassen sich chronologisch wie folgt einordnen. In der ersten Phase (1991–1994) bestätigen die Ergebnisse für die aggregierten Kategorien den linearen Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Bewertung der Wiedervereinigung. Demnach bewerten in diesen Wellen rechte Befragte die Wiedervereinigung durchgehend positiver als Befragte der politischen Mitte, welche die Einheit wiederum positiver einschätzen als linke Befragte. Im Jahr 1998 löst sich dieses Muster auf und geht in der Tendenz zu einem kurvilinearen Muster (Mitte positive und Ränder negative Bewertung), wobei sich alle drei ideologischen Gruppen nicht mehr statistisch signifikant

voneinander unterscheiden. Im Jahr 2000 stellt sich ein kurvilineares Muster ein, bei dem Befragte der politischen Mitte die Wiedervereinigung statistisch signifikant positiver bewerten als linke und rechte Befragte. In den beiden folgenden Erhebungszeitpunkten 2006 und 2010 zeigt sich erneut ein lineares Muster, bei dem rechte Befragte die Wiedervereinigung tendenziell positiver bewerten als linke Befragte. 2018 unterscheiden sich die ideologischen Kategorien nicht statistisch signifikant voneinander, wobei das Modell mit kontinuierlicher Links-Rechts-Variable erneut ein kurvilineares Muster aufweist, das auch 2023 anhält (Tabelle A4). Mit Blick auf das Erhebungsjahr 2023 wird bei kategorialer Einteilung evident, dass rechte Befragte die Wiedervereinigung erstmals statistisch signifikant negativer als linksgerichtete Befragte und Befragte der politischen Mitte bewerten.

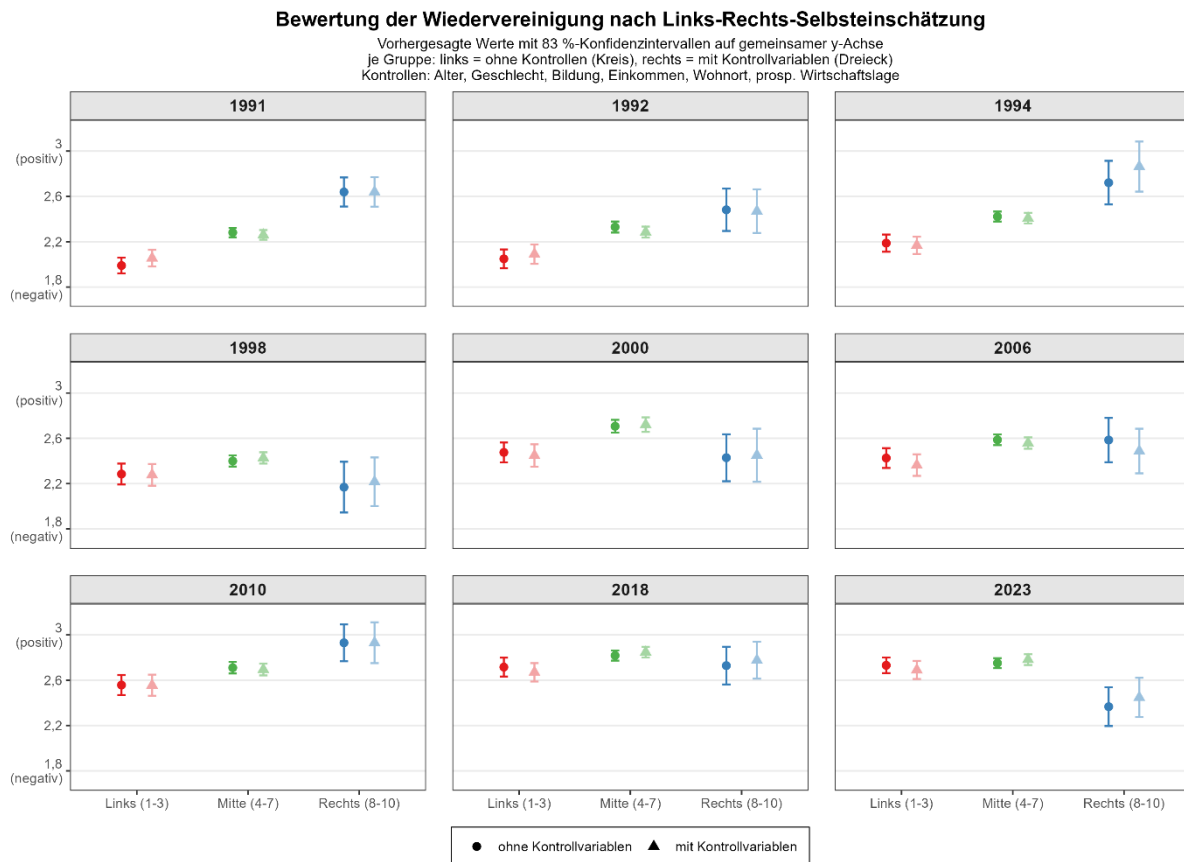
Abb. 3: Bivariate Zusammenhänge (LOESS-Smoother) zwischen Links-Rechts-Selbsteinstufung und Bewertung der Wiedervereinigung (1991–2023)



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis des ALLBUScompact 2023 und ALLBUS Kumulation 1980–2021. Abgebildet sind die bivariaten, lokalen Regressionslinien (LOESS-Smoother) und die zugehörigen 83%-Konfidenzintervalle für alle verfügbaren Zeitpunkte. Die Punktdarstellung erfolgt gejittert, um die Besetzungsdichte der diskreten Antwortkategorien zu verdeutlichen.

Als allgemeiner Trend ist festzuhalten, dass die mittleren Zufriedenheitswerte für rechte Befragte im Zeitverlauf eher volatil ausfallen – mit Einbrüchen in den späten 1990er Jahren und in 2023. Gleichzeitig ist eine systematische Bewegung für linke Befragte zu beobachten, deren Bewertung der Wiedervereinigung zwischen 1991 und 2023 nahezu kontinuierlich ansteigt (siehe auch Abbildung 2), was in dieser Deutlichkeit theoretisch nicht zu erwarten war. Zudem ist hervorzuheben, dass sich diese Trends, wie Abbildung 4 illustriert, nicht wesentlich danach unterscheiden, ob die Modelle mit oder ohne Kontrollvariablen geschätzt wurden (die Verlaufsmuster bleiben ähnlich, einzelne statistische Signifikanzaussagen verschieben sich).

Abb. 4: Zusammenhänge zwischen kategorialer Links-Rechts-Selbsteinstufung und Bewertung der Wiedervereinigung mit und ohne Kontrollvariablen (1991–2023)



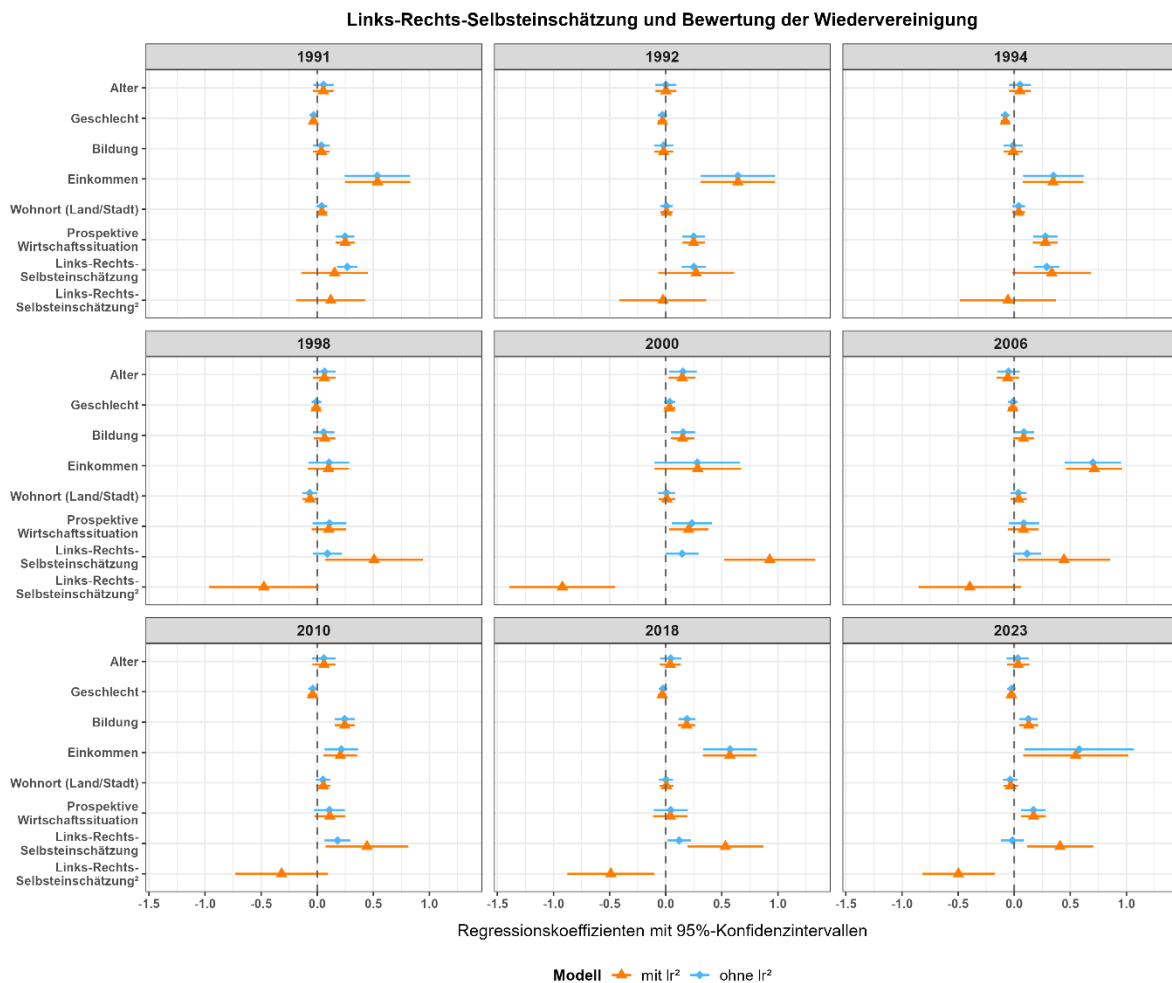
Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis des ALLBUScompact 2023 und ALLBUS Kumulation 1980–2021. Abgebildet sind vorhergesagte Werte der Einheitsbewertung in Ostdeutschland mit 83%-Konfidenzintervallen unter Nutzung kategorialer Variablen Links/Mitte/Rechts. Kreis = ohne Kontrollvariablen, Dreieck = mit Kontrollvariablen. Robuste HC3-Standardfehler wurden berechnet. Ergebnisse mit Kontrollvariablen finden sich in Tabelle A5 im Online-Anhang.

Die nachfolgenden multiplen OLS-Regressionsmodelle schätzen für alle neun Erhebungswellen (1991–2023) die Stärke des Zusammenhangs zwischen der (quadrierten) Links-Rechts-Selbsteinschätzung und der Wiedervereinigungsbewertung und ermöglichen darüber hinaus eine Einordnung des eigenständigen Erklärungsbeitrags der Kontrollvariablen. Abbildung 5 stellt die min-max-normalisierten Regressionskoeffizienten je Welle in zwei Varianten dar: Lineare Modelle ohne quadrierten Term der Links-Rechts-Selbsteinschätzung (hellblaue Raute) und Modelle mit quadriertem Term (orangeses Dreieck; vollständige Regressionsschätzungen in Tabelle A4 im Online-Anhang). Über die neun Erhebungswellen hinweg lassen sich drei zeitliche Phasen unterscheiden. In den frühen 1990er Jahren (1991, 1992, 1994) ist der Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Wiedervereinigungsbewertung überwiegend linear. Die Koeffizienten für die Links-Rechts-Selbsteinschätzung sind hier im rein linearen Modell deutlich positiv und statistisch signifikant ($\beta = 0,25$ bis $0,29$; $p < 0,001$ in allen drei Wellen), während die quadrierten Terme nahe Null bleiben und statistisch nicht signifikant sind (95%-Konfidenzintervalle überlappen die Nulllinie; β -Werte zwischen $-0,06$ und $+0,12$). Ostdeutsche, die sich weiter rechts einstufen, bewerteten die Einheit in dieser Phase im Schnitt deutlich positiver als linksgerichtete Personen.

In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren (1998 und 2000) verliert der Koeffizient im linearen Modell deutlich an Größe (1998: $\beta = 0,091$, n.s.; 2000: $\beta = 0,146$, $p = 0,050$). Wird der quadrierte Term aufgenommen, tritt das umgekehrt u-förmige Muster deutlich hervor. Für 1998 finden wir einen quadrierten Koeffizienten von $\beta = -0,475$ ($p = 0,056$) und in 2000 von $\beta = -0,921$ ($p < 0,001$). Während die ideologische Mitte die Einheit in diesen Jahren am positivsten bewertet, fällt die Zustimmung an beiden Polen ab. In der darauffolgenden Phase (2006 und 2010) ist der quadrierte Term hingegen nur marginal (2006, $p = 0,090$) bzw. nicht statistisch signifikant (2010, $p = 0,132$). Ab 2018 ist das umgekehrt u-förmige Muster wieder konsolidiert. Für 2018 ergibt das quadratische Modell einen statistisch signifikant negativen Koeffizientenschätzer für den quadrierten Term ($LR^2 = -0,489$, $p = 0,014$), ebenso für 2023 ($LR^2 = -0,497$, $p = 0,003$). Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass auch unter dem Einbezug von Drittvariablen das bereits beschriebene Muster weitgehend bestehen bleibt: Linearer Zusammenhang zwischen ideologischer Selbstverortung und Wiedervereinigungsbewertung in den 1990er Jahren, der in den späten 1990er Jahren erstmals kurvilinear wird, sich um 2006–2010 vorübergehend abschwächte und ab 2018 als konsolidiertes umgekehrt u-förmiges Muster mit ausgeprägter Kritik an beiden Ideologie-Polen (mit besonders starker Kritik am rechten Rand in 2023) wieder hervortritt.

Des Weiteren erweisen sich einige demografische und sozioökonomische Kontrollvariablen als systematische Prädiktoren der Wiedervereinigungsbewertung. Höheres Einkommen geht in den meisten Erhebungswellen mit einer positiveren Bewertung einher (am stärksten in den frühen 1990er Jahren sowie in 2006, 2018 und 2023). Höhere Schulbildung ist positiv mit der Wiedervereinigungsbewertung assoziiert, am systematischsten ab den 2010er Jahren. Die prospektive Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage hängt insbesondere in 1991, 1992, 1994, 2000 und 2023 positiv und statistisch signifikant mit der Wiedervereinigungsbewertung zusammen. Die Kontrollvariablen Alter und Geschlecht weisen hingegen über die meisten Modelle hinweg keine statistisch signifikanten Zusammenhänge mit der Wiedervereinigungsbewertung auf. Der Wohnort (Land/Stadt) zeigt keine nennenswerte systematische Vorhersagekraft.

Abb. 5: Regressionskoeffizienten zum Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland



Anmerkung: Eigene Darstellung auf Basis des ALLBUScompact 2023 und ALLBUS Kumulation 1980–2021. Abgebildet sind Punktschätzungen der Regressionskoeffizienten und 95%-Konfidenzintervalle (min-max-normalisierte Variablen, robuste HC3-Standardfehler). Koeffizienten, Standardfehler und Gütemaße befinden sich in Tabelle A4 im Online-Anhang.

In einem weiteren Schritt untersuchen wir, inwieweit die gefundenen Zusammenhänge zwischen politischer Orientierung und Bewertung der Wiedervereinigung auf ökonomische und soziokulturelle Motive sowie Parteienpräferenzen zurückzuführen sind. Dieser Analyseschritt prüft die Hypothesen 2 und 3. Tabelle 1 präsentiert Koeffizientenschätzer der Links-Rechts-Variable(n) aus Regressionsanalysen, in denen schrittweise Mediatorvariablen in das jeweils pro Jahr funktional angemessene Modell hinzugefügt werden. Dabei gibt die Veränderung der LR- bzw. LR²-Koeffizienten unter schrittweiser Aufnahme der Mediatoren Aufschluss darüber, inwieweit der Zusammenhang zwischen der (quadrierten) Links-Rechts-Selbsteinschätzung und der Wiedervereinigungsbewertung durch die jeweiligen Einstellungen und Parteipräferenzen vermittelt wird. Je stärker ein Koeffizient bei Aufnahme eines Mediators (im Vergleich zum Ausgangswert bzw. „Baseline“) zurückgeht, desto größer ist dessen vermittelnder Anteil.

Die Wahl zwischen linearer und quadratischer Form für die Links-Rechts-Variable folgt folgender Heuristik: Liegt der p-Wert für den quadrierten Term unter 0,10 im Grundmodell mit Kontrollvariablen (d.h. es besteht statistische Evidenz für eine Krümmung), wird das

quadratische Modell verwendet und sowohl der LR- als auch der LR²-Koeffizient ausgewiesen. Andernfalls wird das rein lineare Modell mit ausschließlich der LR-Variable berichtet. Nach dieser Regel werden die Jahre 1991, 1992, 1994 und 2010 linear modelliert, die Jahre 1998, 2000, 2006, 2018 und 2023 quadratisch.

Tabelle 1: LR-/LR²-Koeffizienten unter schrittweiser Aufnahme von Mediatorvariablen (1991–2023)

Jahr	Modell	Term	Baseline (LR bzw. LR/LR ² + Kontrollen)	Baseline + Ungleichheitskritik	Baseline + Anti- Migration	Baseline + NPD/Rep/AfD	Baseline + Wahl PDS/ Linkspartei/ Linke	Baseline + alle Mediatoren
1991	linear	LR	0,267***	0,224***	0,292***	0,271***	0,258***	0,218***
1992	linear	LR	0,250***	/	0,263***	0,243***	0,187**	0,189**
1994	linear	LR	0,289***	0,265***	0,300***	0,314***	0,226**	0,243**
1998	quadratisch	LR	0,507*	0,340	/	0,479*	0,447†	0,192
		LR ²	-0,475†	-0,360	/	-0,429†	-0,405	-0,169
2000	quadratisch	LR	0,927***	0,840***	0,924***	0,886***	0,675**	0,582*
		LR ²	-0,921***	-0,867***	-0,895***	-0,853***	-0,717**	-0,577*
2006	quadratisch	LR	0,444*	/	0,415†	0,425*	0,249	0,195
		LR ²	-0,395†	/	-0,337	-0,358	-0,272	-0,169
2010	linear	LR	0,181**	0,162**	0,189**	0,175**	0,107	0,094
2018	quadratisch	LR	0,532**	0,503**	0,515**	0,544**	0,478*	0,434*
		LR ²	-0,489*	-0,491*	-0,371†	-0,474*	-0,475*	-0,365†
2023	quadratisch	LR	0,409**	0,338*	0,446**	0,472**	0,291†	0,280
		LR ²	-0,497**	-0,475**	-0,474**	-0,544**	-0,504**	-0,410*

Anmerkung: Modellwahl pro Jahr nach Heuristik: Wenn $p(\text{LR}^2)$ in Baseline-Spezifikation $< 0,10$, wird das quadratische Modell (LR und LR²) verwendet, sonst das rein lineare Modell (nur LR). OLS mit HC3-Standardfehlern. Variablen min-max-normalisiert (0–1). Spalte „+ NPD/Rep/AfD“ verwendet NPD/Rep bis 2010, AfD ab 2018. Fettdruck = mind. marginal statistisch signifikant ($p < 0,10$). † $p < 0,10$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$. / = Variable in dieser Erhebungswelle nicht verfügbar.

In den Jahren 1991, 1992 und 1994 mit linear spezifiziertem Zusammenhang ist der LR-Koeffizient durchweg statistisch signifikant und positiv ($\beta = 0,25$ bis $0,29$; $p \leq 0,01$) und bleibt auch unter Aufnahme einzelner Mediatoren signifikant. Der Einbezug der Variable PDS/Linkspartei/Linke-Präferenz erweist sich als konsistent stärkster partieller Mediator (z.B. 1992: $0,250 \rightarrow 0,187$; 2010: $0,181 \rightarrow 0,107$), absorbiert den Zusammenhang aber nicht vollständig. Im vollständigen Mediatoren-Modell bleibt die lineare Steigung in den frühen 1990er Jahren signifikant. Im Jahr 1998 fungiert die Ungleichheitskritik als zentraler Mediator ($-0,475 \rightarrow -0,360$) für den Koeffizienten des quadrierten Terms. Im Jahr 2000 ist die Krümmung mit $\beta(\text{LR}^2) = -0,921$ stark, eine partielle Mediation findet über den Einbezug der Variable PDS/Linkspartei/Linke-Präferenz statt. Das vollständige Mediatoren-Set reduziert den Koeffizienten des quadrierten Terms auf $\beta = -0,577$. Auch in 2006 und 2010 sind die Koeffizienten der LR-Variablen insbesondere über den Einbezug der Variable PDS/Linkspartei/Linke-Präferenz vermittelt. In 2018 wird die Krümmung ($\beta(\text{LR}^2) = -0,489$) partiell über die Aufnahme der Variable Anti-Migrations-Einstellungen vermittelt (reduziert sie auf $\beta = -0,371$). Im Jahr 2023

ist die Krümmung robuster gegen einzelne Mediatoren, erst die gemeinsame Aufnahme aller Mediatoren reduziert sie auf $\beta = -0,410$.

Auch wenn diese Betrachtung bereits erste Evidenz für die Wichtigkeit bestimmter Mediatoren liefert, muss betont werden, dass damit *durchschnittliche* Zusammenhänge und deren Mediation abgebildet werden. Bei der quadratischen Modellspezifikation ist diese Betrachtung allerdings unzureichend, da die Zusammenhänge zwischen Links-Rechts-Ideologie, Mediatoren und Wiedervereinigungsbewertung für jeden Links-Rechts-Wert unterschiedlich sind und deswegen konkrete Vorhersagewerte für theoretisch sinnvolle Links-Rechts-Werte betrachtet werden müssen.

Die folgenden Tabellen bilden die indirekten (vermittelten) Effekte ab und machen damit sichtbar, welche Einstellungen (Tabelle 2) und Parteipräferenzen (Tabelle 3) den Zusammenhang zwischen (quadratischer) Links-Rechts-Selbsteinschätzung und Wiedervereinigungsbewertung tragen, und an welchem Pol des Spektrums sie jeweils wirken. Ein indirekter (mediierter) Effekt ist dabei definiert als das Produkt zweier Koeffizientenpfade: (a) des Zusammenhangs zwischen der Links-Rechts-Selbsteinschätzung (bzw. ihrem quadrierten Term LR^2) und dem jeweiligen Mediator und (b) des Zusammenhangs zwischen diesem Mediator und der Bewertung der Wiedervereinigung. Die in den Tabellen ausgewiesenen Werte sind die marginalen indirekten Effekte, also die lokale Steigung dieses Produktpfades für die beiden Links-Rechts-Werte. Im rein linearen Modell sind beide Werte identisch ($a \cdot b$ ist konstant), im quadratischen Modell unterscheiden sie sich, weil der a-Pfad mit der Position auf der LR-Skala variiert ($\partial \text{Mediator} / \partial LR = \beta_1 + 2\beta_2 \cdot LR$). Sowohl positive als auch negative indirekte Zusammenhänge sind plausibel und weisen auf eine Vermittlung des Gesamtzusammenhangs zwischen LR (bzw. LR^2) und der Wiedervereinigungsbewertung hin.⁵ Inhaltlich lassen sich die Werte wie folgt lesen. Das Vorzeichen gibt die Richtung der Vermittlung an: Ein positiver Wert bedeutet, dass der Kanal eine linkere Selbstverortung mit einer kritischeren (und eine rechtere mit einer positiveren) Bewertung der Wiedervereinigung verbindet. Ein negativer Wert bedeutet umgekehrt, dass der Kanal eine rechtere Selbstverortung mit einer kritischeren Bewertung verbindet. Die beiden Spalten geben an, wie stark der Kanal an der jeweiligen Stelle der Skala wirkt – bei einer typisch linken ($LR = 3$) bzw. typisch rechten ($LR = 8$) Selbstverortung. In linear spezifizierten Wellen ist diese Stärke über die gesamte Skala konstant, sodass beide Spalten identisch sind. In quadratisch spezifizierten Wellen kann ein Kanal an einem Pol stark und am anderen schwach oder nicht signifikant sein.

Tabelle 2 zu den Einstellungsindikatoren zeigt zunächst, dass die Ungleichheitskritik über den gesamten Zeitraum hinweg ein durchgängig positiver Vermittlungskanal ist, der sich mit dem Übergang zur quadratischen Spezifikation auf den linken Skalenbereich konzentriert: Bei $LR = 3$ ist der indirekte Effekt durchgehend positiv und in den meisten Jahren signifikant. In den frühen Wellen vermittelt Ungleichheitskritik auch den linearen Zusammenhang (1991: 0,053***; 1994: 0,022*). Mit dem Übergang zur quadratischen Spezifikation konzentriert sich die Vermittlung sichtbar auf den linken Ideologiebereich und erreicht 1998 ihren Höhepunkt ($LR = 3$: 0,122***), während sie im rechten Ideologiebereich bereits nicht mehr signifikant ist

⁵ Das Vorzeichen des indirekten Effekts ergibt sich aus dem Produkt der beiden Pfad-Vorzeichen a und b. Ein positiver indirekter Effekt ergibt sich aus zwei gleichgerichteten Vorzeichen des a- und b-Pfades – beispielsweise, wenn eine höhere (rechttere) Links-Rechts-Position mit geringerer Ungleichheitskritik oder einer geringeren Wahrscheinlichkeit der Wahl von PDS/Linkspartei/Linke einhergeht (negativer a-Pfad) und diese Mediatoren ihrerseits negativ mit der Bewertung der Wiedervereinigung zusammenhängen (negativer b-Pfad). Ein negativer indirekter Effekt ergibt sich entsprechend aus gegenläufigen Vorzeichen, etwa wenn eine rechttere Position mit stärkeren Anti-Migrations-Einstellungen einhergeht (positiver a-Pfad), diese aber negativ mit der Bewertung zusammenhängen (negativer b-Pfad).

(LR = 8: n.s., -0,029). Dieses Muster setzt sich 2000 (0,067* bei LR = 3) fort und bleibt bis zuletzt erhalten (2018: 0,024†; 2023: 0,058**), wenn auch auf niedrigerem Niveau. Die Anti-Migrations-Einstellung verhält sich spiegelbildlich. In den 1990er-Jahren ist sie allenfalls marginal signifikant und substanziell vernachlässigbar (1991: -0,009†, im linearen Modell über die gesamte Skala konstant; 1992 und 1994 nicht signifikant). Substanziell tritt sie erstmals 2006 bei rechten Befragten in Erscheinung (LR = 8: -0,073*), erreicht 2018 ihr Maximum (LR = 8: -0,168***) und bleibt 2023 bestehen (LR = 8: -0,078**). Im selben Jahr ist der Kanal erstmals auch im linken Skalenbereich signifikant (LR = 3: -0,054**), wobei er dort der positiven lokalen Gesamtsteigung entgegenwirkt und damit den Zusammenhang dämpft, statt ihn zu tragen. Insgesamt belegt Tabelle 2 eine inhaltliche Verschiebung des einstellungsbasierten Vermittlungskanals über die Zeit. In den 1990er-Jahren und um 2000 wird der Zusammenhang zwischen der Links-Rechts-Position und der Wiedervereinigungsbewertung primär über die Verteilungs- bzw. Ungleichheitskritik im linken Ideologiebereich getragen. Ab 2006, deutlich verstärkt ab 2018, übernimmt die Anti-Migrations-Einstellung im rechten Ideologiebereich die Vermittlung.

Tabelle 2: Marginale indirekte Effekte über Einstellungsindikatoren

a) Ungleichheitskritik als Mediator

Jahr	Modell	Mediator	Linke Selbstverortung / LR = 3 (β)	Rechte Selbstverortung / LR = 8 (β)
1991	linear	Ungleichheitskritik	0,053***	0,053***
1992	linear	Ungleichheitskritik	/	/
1994	linear	Ungleichheitskritik	0,022*	0,022*
1998	quadratisch	Ungleichheitskritik	0,122***	-0,029
2000	quadratisch	Ungleichheitskritik	0,067*	-0,026
2006	quadratisch	Ungleichheitskritik	/	/
2010	linear	Ungleichheitskritik	0,018†	0,018†
2018	quadratisch	Ungleichheitskritik	0,024†	0,029
2023	quadratisch	Ungleichheitskritik	0,058**	0,031

b) Anti-Migration als Mediator

Jahr	Modell	Mediator	Linke Selbstverortung / LR = 3 (β)	Rechte Selbstverortung / LR = 8 (β)
1991	linear	Anti-Migration	-0,009†	-0,009†
1992	linear	Anti-Migration	-0,011	-0,011
1994	linear	Anti-Migration	-0,007	-0,007
1998	quadratisch	Anti-Migration	/	/
2000	quadratisch	Anti-Migration	-0,006	-0,032
2006	quadratisch	Anti-Migration	-0,001	-0,073*
2010	linear	Anti-Migration	-0,023	-0,023
2018	quadratisch	Anti-Migration	-0,020	-0,168***
2023	quadratisch	Anti-Migration	-0,054**	-0,078**

Anmerkung: Modellwahl pro Jahr: $p(LR^2)$ Baseline < 0,10 quadratisch; sonst linear. LR = 3 bzw. LR = 8 bezeichnen typische Werte für eine linke bzw. rechte Selbstverortung auf der zehnstufigen Links-Rechts-Skala. Im linearen Modell sind LR=3 und LR=8 identisch (a·b konstant). Ungleichheitskritik wurde im ALLBUS 1992 und 2006 nicht erhoben, Anti-Migrations-Einstellungen wurden im ALLBUS 1998 nicht erhoben. Alle Variablen min-max-normalisiert (0–1). Fettdruck = mind. marginal statistisch signifikant ($p < 0,10$). † $p < 0,10$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$. / = Variable in dieser Erhebungswelle nicht verfügbar.

Tabelle 3 zu den Parteiindikatoren zeigt ein über lange Zeit stabiles Vermittlungsmuster über die Linkspartei: Die Wahl von PDS/Linkspartei/Linke ist in nahezu allen Wellen ein statistisch signifikanter Kanal, mit durchgehend positivem indirektem Effekt. Dieser Kanal ist dabei nicht von vornherein auf den linken Pol beschränkt. In den linear spezifizierten Wellen (1991, 1992, 1994, 2010) ist der indirekte Effekt konstruktionsbedingt über die gesamte Skala konstant und damit auch bei LR = 8 signifikant. 2006 ist er im quadratischen Modell zudem eigenständig für rechte Befragte signifikant (LR = 8: 0,063*), wirkt dort allerdings der negativen lokalen Gesamtsteigung entgegen und dämpft den Zusammenhang, statt ihn zu tragen. Erst ab 2018 konzentriert sich die Vermittlung über die Linkspartei erkennbar auf den linken Skalenbereich (2018: LR = 3: 0,071†, LR = 8: n.s., -0,009; 2023: LR = 3: 0,164***, LR = 8: n.s., -0,019). Demgegenüber ist die Wahl einer rechtsextremen Partei (NPD/Rep) über den gesamten Zeitraum 1991 bis 2010 zu keinem Zeitpunkt statistisch signifikant. Die Punktschätzer hierfür sind klein und uneinheitlich im Vorzeichen. Der Einbezug der Variable AfD-Präferenz verändert dieses Bild, und zwar ausschließlich 2023. In diesem Jahr ist sie im rechten Ideologebereich ein klar signifikanter Mediator (LR = 8: -0,158**), während sie 2018 noch nicht statistisch signifikant ist (LR = 8: n.s., -0,085). Insgesamt verdeutlicht Tabelle 3 eine klare zeitliche Asymmetrie zwischen den beiden parteibezogenen Kanälen. Die Mediation via PDS/Linkspartei/Linke ist seit den frühen 1990er-Jahren durchgängig aktiv und vermittelt den Zusammenhang konstant in positive Richtung. Der rechte parteipolitische Kanal hingegen existiert empirisch erst, seit es mit der AfD einen institutionellen Träger am rechten Rand gibt, der breit gewählt wird und den rechten Pol in Ostdeutschland parteipolitisch sichtbar an die Wiedervereinigungskritik bindet.

Tabelle 3: Marginale indirekte Effekte über Parteipräferenzen

a) Wahl PDS/Linkspartei/Linke als Mediator

Jahr	Modell	Mediator	Linke Selbstverortung / LR = 3 (β)	Rechte Selbstverortung / LR = 8 (β)
1991	linear	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,025†	0,025†
1992	linear	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,080***	0,080***
1994	linear	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,056**	0,056**
1998	quadratisch	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,071	-0,022
2000	quadratisch	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,131*	-0,025
2006	quadratisch	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,147***	0,063*
2010	linear	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,081***	0,081***
2018	quadratisch	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,071†	-0,009
2023	quadratisch	Wahl PDS/ Linkspartei/Linke	0,164***	-0,019

c) Wahl NPD/Republikaner bzw. AfD als Mediator

Jahr	Modell	Mediator	Linke Selbstverortung / LR = 3 (β)	Rechte Selbstverortung / LR = 8 (β)
1991	linear	Wahl NPD/Rep	-0,005	-0,005
1992	linear	Wahl NPD/Rep	0,009	0,009
1994	linear	Wahl NPD/Rep	-0,027	-0,027
1998	quadratisch	Wahl NPD/Rep	0,011	-0,072
2000	quadratisch	Wahl NPD/Rep	0,012	-0,078
2006	quadratisch	Wahl NPD/Rep	0,002	-0,050
2010	linear	Wahl NPD/Rep	0,009	0,009
2018	quadratisch	Wahl AfD	-0,001	-0,085
2023	quadratisch	Wahl AfD	-0,013	-0,158**

Anmerkung: Modellwahl pro Jahr: $p(LR^2)$ Baseline < 0,10 quadratisch; sonst linear. LR = 3 bzw. LR = 8 bezeichnen typische Werte für eine linke bzw. rechte Selbstverortung auf der zehnstufigen Links-Rechts-Skala. Im linearen Modell sind LR=3 und LR=8 identisch ($a \cdot b$ konstant). Bis 2010: NPD/Rep; ab 2018: AfD. Alle Variablen min-max-normalisiert (0–1). Fettdruck = mind. marginal statistisch signifikant ($p < 0,10$). † $p < 0,10$; * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

5. Diskussion und Fazit

Die vorliegende Studie untersuchte die Transformation der Wiedervereinigungskritik in Ostdeutschland, insbesondere die Frage, inwieweit sich die Wiedervereinigungskritik von einer primär sozioökonomisch motivierten Kritik hin zu einer identitätspolitisch gerahmten Ablehnung verschoben hat und ob dies in bevölkerungsrepräsentativen Umfragen sichtbar wird. Die empirischen Analysen stützen weitgehend die formulierten Hypothesen bezüglich der politischen Neuverortung der Wiedervereinigungskritik. Die Befunde basierend auf ALLBUS-Daten zeigen eine fundamentale Transformation der ideologischen Verortung: Während in den frühen 1990er Jahren (1991–1994) noch ein linearer Zusammenhang zwischen Links-Rechts-Orientierung und Wiedervereinigungsbewertung bestand – mit kritischeren Einstellungen im linken politischen Spektrum – entwickelte sich dieser bereits in den späten 1990er Jahren (1998/2000) erstmals zu einem kurvilinearen Muster, das sich um 2006–2010 vorübergehend abschwächte und sich ab 2018 mit besonders ausgeprägter Kritik am rechten Rand verfestigte. Die Mediationsanalysen differenzieren diese Interpretation. Ungleichheitskritik bleibt über den gesamten Zeitraum ein signifikanter Transmissionsmechanismus für linke Befragte, trägt aber nicht zur Krümmung im rechten Ideologiebereich bei. Die Kritik an der Wiedervereinigung für rechte Befragte wird stattdessen ab 2006, deutlich verstärkt ab 2018, über Anti-Migrations-Einstellungen vermittelt und ab 2023 zusätzlich parteipolitisch über die AfD-Präferenz verankert. Diese Ergebnisse unterstützen die theoretische Argumentation einer strategischen Umdeutung durch rechtspopulistische „Polarisierungsunternehmer“ (Mau et al. 2023), die erfolgreich die Wiedervereinigung als „floating signifier“ (Laclau 2005) okkupiert und von einem klassenpolitischen zu einem identitätspolitischen Thema transformiert haben.

Die theoretische Einordnung dieser Entwicklung verweist auf tieferliegende Mechanismen sozialer Identitätsbildung und politischer Mobilisierung. Shayos (2009) Modell der Identitätswahl erklärt, dass Ostdeutsche ihre regionale Identität und den Antagonismus gegenüber „den Westdeutschen“ betonen, um dadurch ihren wahrgenommenen relativen Status zu verbessern. Die AfD scheint diese Dynamik strategisch genutzt zu haben, indem sie

Narrative der „Kolonialisierung“ und „Fremdherrschaft“ etablierte und damit eine spezifisch ostdeutsche Viktimisierungserzählung konstruierte. Die Instrumentalisierung der Wiedervereinigungskritik führt jedoch in der Folge dazu, dass Kritik an sozioökonomischen Verwerfungen der Wiedervereinigung zunehmend mit fremdenfeindlichen und antidemokratischen Positionen assoziiert wird (Berning & Ziller 2022). Dies erschwert wiederum eine differenzierte und konstruktive Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Problemen in der Folge der Wiedervereinigung und stellt insbesondere linke politische Akteure vor erhebliche strategische Herausforderungen (Abou-Chadi et al. 2025).

Die Partei Die Linke als traditionelle Vertreterin ostdeutscher Interessen bleibt zwar bis zuletzt der dominante Vermittlungskanal am linken Pol – ihre klassenpolitische Rahmung erreicht vermutlich jedoch gerade jene am rechten Rand neu entstehende, identitätspolitisch gerahmte Kritik nicht, die sich die AfD parteipolitisch erschließt. Hervorzuheben ist dabei, dass die kurvilineare Struktur des Zusammenhangs dem parteipolitischen Aufstieg der AfD zeitlich vorausgeht. Sie ist bereits 1998/2000 nachweisbar und damit nicht durch die AfD verursacht. Die AfD ist vielmehr als später institutioneller Träger zu verstehen, der eine bereits angelegte soziokulturelle Konfliktstruktur aufgreift, bündelt und ab 2023 erstmals auch parteipolitisch an die Wiedervereinigungskritik bindet. Gleichzeitig beobachten wir eine kontinuierlich positiver werdende Wiedervereinigungsbewertung im Zeitverlauf bei linken Befragten. Die umgekehrte U-Form ist damit nicht allein Ausdruck einer wachsenden Kritik am rechten Rand, sondern entsteht ebenso aus dieser Entspannung im linken Ideologebereich. Zusammengefasst zeigen die empirischen Befunde, dass es sich um einen graduellen Prozess handelt und nicht um einen abrupten, allein der AfD zuschreibbaren Bruch.

Methodische Limitationen der vorliegenden Studie erfordern eine vorsichtige Interpretation der Befunde. Mit Blick auf die durchgeführte Trendanalyse ist festzustellen, dass das relevante Wiedervereinigungssystem lediglich in unregelmäßigen Zeitabständen abgefragt wurde, sodass für die nicht erhobenen Zeiträume keine belastbaren Aussagen zur mittleren Entwicklung der Bewertung der Einheit in Ostdeutschland getroffen werden können. Zudem konnte – angesichts der limitierten Variablenverfügbarkeit zu den einzelnen Befragungswellen – lediglich eine begrenzte Auswahl an theoretisch relevanten Variablen in die Analysemodelle einbezogen werden. Außerdem erlaubt die Ergebnisinterpretation mit ALLBUS-Querschnittsdaten keine kausalen Schlüsse, da nicht alle Alternativerklärungen ausgeschlossen werden können. Zukünftige Forschung sollte daher experimentelle Designs zur Identifikation kausaler Mechanismen, qualitative Methoden zur Aufdeckung subjektiver Bedeutungsstrukturen und vergleichende Studien mit anderen posttransformativen Gesellschaften verfolgen. Vielversprechend könnte eine Untersuchung intergenerationaler und bildungsbezogener Unterschiede sein (Schäfer & Steiner 2025). In diesem Kontext ist auch relevant, wie ostdeutsche Kohorten ohne eigene Transformationserfahrung die Wiedervereinigung bewerten und welche Rolle die familiäre Transmission politischer Einstellungen spielt.

Die politischen Implikationen der Befunde verweisen auf die Notwendigkeit einer differenzierten Strategie jenseits von Ökonomismus und Kulturkampf. Weder rein ökonomische Umverteilungsansätze noch die Ignorierung identitätspolitischer Dimensionen der ostdeutschen Erfahrung werden erfolgreich sein. Erforderlich ist eine Politik, die sowohl materielle Benachteiligung als auch Fragen kultureller Anerkennung ernst nimmt, ohne dabei rechtspopulistischen Deutungsmustern zu verfallen. Ein wichtiger Ansatz wäre hier, dass die demokratischen Parteien die Deutungshoheit über die Bewertung der Wiedervereinigung zurückgewinnen, was eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Fehlern und Versäumnissen

des Einigungsprozesses erfordert, ohne das Gesamtprojekt der deutschen Einheit zu delegitimieren. Langfristig ist die Stärkung demokratischer Institutionen und politischer Partizipationsmöglichkeiten in Ostdeutschland entscheidend, um der politischen Entfremdung entgegenzuwirken und alternative Kanäle für die Artikulation von Kritik zu schaffen. Aufgrund langfristiger Personalisierungstendenzen in Politik und Öffentlichkeit würde eine verstärkte Sichtbarkeit von ostdeutschen Menschen in Leitungspositionen in Politik, Wirtschaft und Kultur diesem Projekt sicherlich zugutekommen.

Zusammenfassend erweist sich die deutsche Wiedervereinigung als unabgeschlossenes Projekt – nicht nur ökonomisch, sondern vor allem in der kollektiven Erinnerung und Identitätsbildung. Die Art, wie Gesellschaften ihre Vergangenheit deuten und politisch mobilisieren, kann maßgeblich ihre demokratische Zukunft prägen. Die Transformation der Wiedervereinigungskritik von einer sozioökonomischen zu einer identitätspolitischen Frage reflektiert dabei nicht nur spezifisch deutsche Entwicklungen, sondern verdeutlicht allgemeinere Muster rechtspopulistischer Mobilisierung in Europa, die kollektive Erinnerungen strategisch für antidemokratische Zwecke instrumentalisieren. Gleichzeitig verweist ein solches Verständnis auch auf Wege für eine demokratische Gestaltung des Diskurses durch eine gezielte Förderung pluraler Erinnerungsnarrative, die sowohl die Errungenschaften als auch die ungelösten Probleme der deutschen Einheit anerkennen und damit der Komplexität ostdeutscher Erfahrungen besser gerecht werden.

Literaturverzeichnis

- Abou-Chadi, Tarik, Silja Häusermann, Reto Mitteregger, Nadja Mosimann, und Markus Wagner. 2025. Trade-Offs of Social Democratic Party Strategies in a Pluralized Issue Space: A Conjoint Analysis. *World Politics* 77(3):419–467.
- Arzheimer, Kai, und Theresa Bernemann. 2024. 'Place' does matter for populist radical right sentiment, but how? Evidence from Germany. *European Political Science Review* 16:167–186.
- Arzheimer, Kai, und Carl C Berning. 2019. How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies* 60:102040.
- Assmann, Jan. 2007. *Das Kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen* 6. Auflage. München: C.H. Beck.
- Berning, Carl C., und Conrad Ziller. 2020. Green Versus Radical Right as the New Political Divide? The European Parliament Election 2019 in Germany. *Journal of Common Market Studies*, 58, 43–56.
- Berning, Carl C. und Conrad Ziller. 2022. Verbreitung und Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*, Hrsg. Martin Elff, Kathrin Ackermann, und Heiko Giebler, 307–338. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Bornschier, Simon. 2010. *Cleavage Politics and the Populist Right. The New Cultural Conflict in Western Europe*. Temple University Press
http://www.temple.edu/tempress/titles/2069_reg.html.
- Buřtíková, Lenka. 2018. The Radical Right in Eastern Europe. in Jens Rydgren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford: Oxford University Press, S. 565–581.
- De Vries, Catherine E. 2018. *Euroscepticism and the future of European integration*. Oxford University Press.
- De Vries, Catherine E., und Sara Hobolt. 2020. *Political entrepreneurs: The rise of challenger parties in Europe*. Princeton University Press.
- Druckman, James N, Erik Peterson, und Rune Slothuus. 2013. How elite partisan polarization affects public opinion formation. *American Political Science Review* 107:57–79.
- Dümcke, Wolfgang und Fritz Vilmar. 1996. *Kolonialisierung der DDR: kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*. Agenda: Münster.

- Elgenius, Gabriella, und Jens Rydgren. 2019. Frames of Nostalgia and Belonging: The Resurgence of Ethno-Nationalism in Sweden. *European Societies* 21(4):583–602.
- Fürnberg, Ossip. 2022. Ostalgie und Westalgie Bewertung der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland. In *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*, Hrsg. Martin Elff, Kathrin Ackermann, und Heiko Giebler, 117–140. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. 2024. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS-Kumulation 1980–2021.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. 2025. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUScompact 2023.
- Gidron, Noam, und Peter A. Hall. 2017. The politics of social status: Economic and cultural roots of the populist right. *The British Journal of Sociology* 68:57–84.
- Halbwachs, Maurice. 1992. On collective memory. Chicago: University of Chicago Press.
- Hameleers, Michael, Linda Bos, und Claes H. De Vreese. 2017. “They did it”: The effects of emotionalized blame attribution in populist communication. *Communication Research* 44:870–900.
- Häusermann, Silja, und Hanspeter Kriesi. 2015. What do voters want? Dimensions and configurations in individual-level preferences and party choice. In Beramendi/Häusermann/Kitschelt/Kriesi (Hrsg.). *The politics of advanced capitalism*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 202–230.
- Heller, Aylina, Ana N. Tibubos, Manfred Beutel, und Elmar Brähler. 2020. *Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel*. OBS-Arbeitspapier 42. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Hillen, Sven, und Nils D Steiner. 2020. The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support: The case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in Western Europe. *European Journal of Political Research* 59:331–353.
- Hobolt, Sara B, und Catherine E De Vries. 2015. Issue entrepreneurship and multiparty competition. *Comparative Political Studies* 48:1159–1185.
- Hogg, Michael A. 2013. Intergroup Relations. In *Handbook of Social Psychology*, Hrsg. John DeLamater, und Amanda Ward, 533–561. Dordrecht: Springer Netherlands https://doi.org/10.1007/978-94-007-6772-0_18.
- Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2018. Cleavage theory meets Europe’s crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage. *Journal of European Public Policy* 25:109–135.
- Hough, Dan, Michael Koß, und Jonathan Olsen. 2007. *The Left Party in Contemporary German Politics*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Iyengar, Shanto, Yphtach Lelkes, Matthew Levendusky, Neil Malhotra, und Sean J. Westwood. 2019. The origins and consequences of affective polarization in the United States. *Annual Review of Political Science* 22:129–146.
- Jesse, Eckhard, und Jürgen P. Lang. 2012. *Die Linke – eine gescheiterte Partei? 2.*, vollständig überarbeitete Auflage. München: Olzog.
- Kenny, Michael, und Davide Luca. 2021. The urban-rural polarisation of political disenchantment: An investigation of social and political attitudes in 30 European countries. *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 14:565–582.
- Kitschelt, Herbert, und Philipp Rehm. 2014. Occupations as a site of political preference formation. *Comparative Political Studies* 47:1670–1706.
- Kollmorgen, Raj. 2011. Zwischen „nachholender Modernisierung“ und ostdeutschem „Avantgardismus“. In *Diskurse der deutschen Einheit: Kritik und Alternativen*, Hrsg. Raj Kollmorgen, Frank Thomas Koch, und Hans-Liudger Dienel, 27–65. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften https://doi.org/10.1007/978-3-531-93351-1_2.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha. 2024. *Freiheitsschock: eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute* 1. Auflage 2024. München: C.H.Beck.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier, und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laclau, Ernesto. 2005. *On populist reason*. London, New York: Verso.
- Langenbacher, Eric. 2010. Collective Memory as a Factor in Political Culture and International Relations. In *Power and the Past: Collective Memory and International Relations*, Hrsg.

- Eric Langenbacher, und Yossi Shain, 13–49. Washington, D.C.: Georgetown University Press.
- MacKinnon, James G, und Halbert White. 1985. Some heteroskedasticity-consistent covariance matrix estimators with improved finite sample properties. *Journal of Econometrics* 29:305–325.
- Mau, Steffen. 2024. *Ungleich vereint: warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Fabian Gülzau. 2020. Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. *Berliner Journal für Soziologie* 30:317–346.
- Mau, Steffen, Thomas Lux, und Linus Westheuser. 2023. *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser. 2017. *Populism: A very short introduction*. Oxford University Press.
- Neugebauer, Gero, und Richard Stöss. 1999. Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage? In: Oskar Niedermayer (Hrsg.). *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen: Leske + Budrich, S. 119–140.
- Norris, Pippa, und Ronald Inglehart. 2019. *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge University Press.
- Olick, Jeffrey K., und Joyce Robbins. 1998. Social Memory Studies: From „Collective Memory“ to the Historical Sociology of Mnemonic Practices. *Annual Review of Sociology* 24:105–140.
- Oschmann, Dirk. 2023. *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung* Ungekürzte Ausgabe im Ullstein Taschenbuch, 1. Auflage. Berlin: Ullstein.
- Patton, David F. 2012. *Out of the east: From PDS to left party in unified Germany*. State University of New York Press.
- Pepinsky, Thomas B. 2018. A note on listwise deletion versus multiple imputation. *Political Analysis* 26:480–488.
- Petrocik, John R. 1996. Issue ownership in presidential elections, with a 1980 case study. *American Journal of Political Science* 40: 825–850.
- Pollack, Detlef. 2020. *Das unzufriedene Volk: Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute*. transcript Verlag.
- Quent, Matthias. 2019. *Deutschland rechts außen: Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*. Piper.
- Ragnitz, Joachim. 2019. Schlechter als erwartet, besser als gedacht: Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall. *ifo Dresden berichtet* 26:3–8.
- Schäfer, Armin, und Nils D Steiner. 2025. How education, generation and gender jointly structure green and radical right voting. *West European Politics* 1–28.
- Shayo, Moses. 2009. A Model of Social Identity with an Application to Political Economy: Nation, Class, and Redistribution. *American Political Science Review* 103:147–174.
- Steiner, Nils D. 2024. The shifting issue content of left–right identification: cohort differences in Western Europe. *West European Politics* 47:1276–1303.
- Tajfel, Henri, und John C. Turner. 2004. The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In *Political Psychology*, 276–293. Psychology Press.
- Valentim, Vicente. 2024. *The normalization of the radical right: A norms theory of political supply and demand*. Oxford University Press.
- Wagner, Markus. 2021. Affective polarization in multiparty systems. *Electoral Studies* 69:102199.
- Weisskircher, Manès. 2020. The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind ‘Populism’. *The Political Quarterly* 91:614–622.
- Wirz, Dominique. 2018. Persuasion Through Emotion? An Experimental Test of the Emotion-Eliciting Nature of Populist Communication. *International Journal of Communication* 12:1114–1138.

Online-Anhang

Tabelle A1: Anzahl ostdeutscher Befragter für verwendete ALLBUS-Datensätze im Zeitverlauf

Jahr	N
1991	1481
1992	1101
1994	1081
1998	983
2000	745
2006	1083
2010	846
2018	1036
2023	1115

Anmerkung: Stichprobengrößen beziehen sich auf Befragte, die zum damaligen Befragungszeitpunkt in den neuen Bundesländern wohnhaft waren und die Frage zur Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland beantwortet haben.

Tabelle A2: Variablen zur Operationalisierung

Variable	Item-Bezeichnung	Item/Beschreibung	Wertebereich (umkodiert)	Variablentyp
Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland	pr05	Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den <i>neuen</i> Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht.	1: stimme überhaupt nicht zu 2: stimme eher nicht zu 3: stimme eher zu 4: stimme voll zu	Abhängige Variable
Links-Rechts-Selbsteinschätzung	pa01	Viele Leute verwenden die Begriffe 'links' und 'rechts', wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wo würden Sie Ihre eigenen politischen Ansichten einstufen?	1: links – 10: rechts	Unabhängige Variable
Alter	age	Alter in Jahren	Min: 18 Jahre Max: 99 Jahre	Kontrollvariable
Bildung	educ	Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?	1: ohne Abschluss – 5: Hochschulreife	Kontrollvariable
Einkommen	di08	Monatliches Äquivalenzeinkommen (OECD): Monatliches Haushaltsnettoeinkommen bereinigt für Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder (Haushaltsgewicht)	Min: 13 € Max: 22222 €	Kontrollvariable
Geschlecht⁶	sex	Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.	1: Mann 2: Frau	Kontrollvariable
Prospektive Wirtschaftssituation Befragte/r	ep06	Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?	1: Wesentlich schlechter als heute – 5: Wesentlich besser als heute	Kontrollvariable

⁶ Aufgrund der geringen Anzahl an ostdeutschen Befragten, die sich in den vorliegenden Stichproben als *divers* identifizieren (z.B. im Jahr 2023 sechs Personen), werden diverse Personen aus der Variable Geschlecht (sex) exkludiert.

Wohnort (Land/Stadt)	gkpol	Politische Gemeindegrößenklasse des Wohnorts	1: bis 1.999 Einwohner – 5: 500.000 und mehr Einwohner	Kontrollvariable
Anti-Migrations-Einstellungen (2018, 2023)	mp16, mp17, mp18, mp19	Additiver, ungewichteter Index aus vier Items zur Einstellung gegenüber Flüchtlingen: Ergeben sich Ihrer Meinung nach in den folgenden Bereichen wegen der Flüchtlinge mehr Chancen oder mehr Risiken? 1. In Bezug auf den Sozialstaat. (mp16) 2. In Bezug auf die öffentliche Sicherheit. (mp17) 3. In Bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben. (mp18) 4. In Bezug auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland. (mp19)	1: deutlich mehr Chancen – 5: deutlich mehr Risiken	Mediator
Anti-Migrations-Einstellungen (1994, 2000, 2006, 2010)	ma02, ma03, ma04	Additiver, ungewichteter Index aus drei Items zur Einstellung gegenüber Ausländern: 1. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückschicken. (ma02) 2. Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen. (ma03) 3. Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen. (ma04)	1: stimme überhaupt nicht zu – 7: stimme voll und ganz zu	Mediator
Anti-Migrations-Einstellungen (1991, 1992)	mi01, mi02	Additiver, ungewichteter Index aus zwei Items zur Einstellung gegenüber Ausländern: 1. Zuzug von: Aussiedlern aus Osteuropa (mi01) 2. Zuzug von: Asylsuchende (mi02)	1: Uneingeschränkt 2: Zuzug begrenzen 3: Ganz unterbinden	Mediator

Ungleichheitskritik	Im21	Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.	1: stimme voll zu – 4: stimme überhaupt nicht zu	Mediator
Wahl AfD	pv01	Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer <i>Zweitstimme</i> wählen?	0: Nichtwahl oder Wahl einer anderen Partei 1: Wahl AfD	Mediator
Wahl NPD/Republikaner	pv01	Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer <i>Zweitstimme</i> wählen?	0: Nichtwahl oder Wahl einer anderen Partei 1: Wahl NPD/Republikaner	Mediator
Wahl Linke	pv01	Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann mit Ihrer <i>Zweitstimme</i> wählen?	0: Nichtwahl oder Wahl einer anderen Partei 1: Wahl Linke (früher PDS/Linkspartei)	Mediator

Anmerkung: Skalen wurden zum Teil umkodiert. Fragen und Antwortmöglichkeiten zu den Items wurden teilweise modifiziert und gekürzt.

Tabelle A3: Deskriptive Statistikmaße

Variable	Jahr	Originalskala				Min-Max-normalisiert (0–1)				N
		Mittelwert	SD	Min	Max	Mittelwert	SD	Min	Max	
Bewertung der Wiedervereinigung	1991	2,23	0,93	1,00	4,00	0,41	0,31	0,00	1,00	1481
	1992	2,25	0,93	1,00	4,00	0,42	0,31	0,00	1,00	1101
	1994	2,38	0,89	1,00	4,00	0,46	0,30	0,00	1,00	1081
	1998	2,37	0,87	1,00	4,00	0,46	0,29	0,00	1,00	983
	2000	2,62	0,91	1,00	4,00	0,54	0,30	0,00	1,00	745
	2006	2,54	0,96	1,00	4,00	0,51	0,32	0,00	1,00	1083
	2010	2,68	0,90	1,00	4,00	0,56	0,30	0,00	1,00	846
	2018	2,78	0,89	1,00	4,00	0,59	0,30	0,00	1,00	1036
	2023	2,71	0,88	1,00	4,00	0,57	0,29	0,00	1,00	1115
Links-Rechts-Selbsteinschätzung	1991	4,89	1,81	1,00	10,00	0,43	0,20	0,00	1,00	1520
	1992	4,79	1,71	1,00	10,00	0,42	0,19	0,00	1,00	1126
	1994	4,64	1,55	1,00	10,00	0,40	0,17	0,00	1,00	1084
	1998	4,75	1,55	1,00	10,00	0,42	0,17	0,00	1,00	986
	2000	4,66	1,65	1,00	10,00	0,41	0,18	0,00	1,00	1231
	2006	4,73	1,65	1,00	10,00	0,41	0,18	0,00	1,00	1069
	2010	4,78	1,70	1,00	10,00	0,42	0,19	0,00	1,00	845
	2018	4,79	1,74	1,00	10,00	0,42	0,19	0,00	1,00	1044
	2023	4,70	1,86	1,00	10,00	0,41	0,21	0,00	1,00	1606
Kritik an Einkommensungleichheit	1991	3,23	0,77	1,00	4,00	0,74	0,26	0,00	1,00	1485
	1994	3,33	0,72	1,00	4,00	0,78	0,24	0,00	1,00	1079
	1998	3,43	0,71	1,00	4,00	0,81	0,24	0,00	1,00	996
	2000	3,18	0,79	1,00	4,00	0,73	0,26	0,00	1,00	1294
	2010	3,20	0,83	1,00	4,00	0,73	0,28	0,00	1,00	860
	2018	3,21	0,82	1,00	4,00	0,74	0,27	0,00	1,00	1080
	2023	3,10	0,77	1,00	4,00	0,70	0,26	0,00	1,00	1151
Anti-Migrations-Einstellungen	1991	1,98	0,45	1,00	3,00	0,49	0,22	0,00	1,00	1500
	1992	2,00	0,44	1,00	3,00	0,50	0,22	0,00	1,00	1123
	1994	3,36	1,73	1,00	7,00	0,39	0,29	0,00	1,00	1090
	2000	3,53	1,68	1,00	7,00	0,42	0,28	0,00	1,00	757
	2006	3,34	1,68	1,00	7,00	0,39	0,28	0,00	1,00	1104
	2010	3,03	1,70	1,00	7,00	0,34	0,28	0,00	1,00	852
	2018	3,72	0,82	1,25	5,00	0,66	0,22	0,00	1,00	1083
	2023	3,65	0,85	1,00	5,00	0,66	0,21	0,00	1,00	1150
Parteienpräferenz PDS/Linkspartei/Linke (Wahlabsicht Sonntagsfrage)	1991	0,05	0,21	0,00	1,00	0,05	0,21	0,00	1,00	1198

	1992	0,08	0,26	0,00	1,00	0,08	0,26	0,00	1,00	806
	1994	0,14	0,35	0,00	1,00	0,14	0,35	0,00	1,00	822
	1998	0,16	0,37	0,00	1,00	0,16	0,37	0,00	1,00	695
	2000	0,20	0,40	0,00	1,00	0,20	0,40	0,00	1,00	997
	2006	0,19	0,39	0,00	1,00	0,19	0,39	0,00	1,00	929
	2010	0,21	0,41	0,00	1,00	0,21	0,41	0,00	1,00	698
	2018	0,16	0,37	0,00	1,00	0,16	0,37	0,00	1,00	902
	2023	0,13	0,34	0,00	1,00	0,13	0,34	0,00	1,00	1284
Parteienpräferenz NPD/Republikaner (Wahlabsicht Sonntagsfrage)	1991	0,00	0,07	0,00	1,00	0,00	0,07	0,00	1,00	1544
	1992	0,02	0,15	0,00	1,00	0,02	0,15	0,00	1,00	1148
	1994	0,02	0,13	0,00	1,00	0,02	0,13	0,00	1,00	1108
	1998	0,02	0,14	0,00	1,00	0,02	0,14	0,00	1,00	1022
	2000	0,01	0,11	0,00	1,00	0,01	0,11	0,00	1,00	1323
	2006	0,02	0,13	0,00	1,00	0,02	0,13	0,00	1,00	1122
	2010	0,02	0,13	0,00	1,00	0,02	0,13	0,00	1,00	867
Parteienpräferenz AfD (Wahlabsicht Sonntagsfrage)	2018	0,13	0,34	0,00	1,00	0,13	0,34	0,00	1,00	902
	2023	0,20	0,40	0,00	1,00	0,20	0,40	0,00	1,00	1284
Alter	1991	45,35	15,87	18,00	93,00	0,36	0,21	0,00	1,00	1543
	1992	45,92	15,93	18,00	88,00	0,40	0,23	0,00	1,00	1147
	1994	47,02	16,60	18,00	92,00	0,39	0,22	0,00	1,00	1106
	1998	47,95	16,89	18,00	94,00	0,39	0,22	0,00	1,00	1022
	2000	47,87	17,49	18,00	95,00	0,39	0,23	0,00	1,00	1323
	2006	49,43	17,27	18,00	91,00	0,43	0,24	0,00	1,00	1122
	2010	50,91	17,49	18,00	96,00	0,42	0,22	0,00	1,00	865
	2018	53,90	16,95	18,00	94,00	0,47	0,22	0,00	1,00	1089
	2023	54,32	17,97	18,00	99,00	0,45	0,22	0,00	1,00	1670
Geschlecht	1991	1,53	0,50	1,00	2,00	0,53	0,50	0,00	1,00	1544
	1992	1,54	0,50	1,00	2,00	0,54	0,50	0,00	1,00	1148
	1994	1,52	0,50	1,00	2,00	0,52	0,50	0,00	1,00	1108
	1998	1,56	0,50	1,00	2,00	0,56	0,50	0,00	1,00	1022
	2000	1,52	0,50	1,00	2,00	0,52	0,50	0,00	1,00	1323
	2006	1,52	0,50	1,00	2,00	0,52	0,50	0,00	1,00	1122
	2010	1,49	0,50	1,00	2,00	0,49	0,50	0,00	1,00	867
	2018	1,50	0,50	1,00	2,00	0,50	0,50	0,00	1,00	1090
	2023	1,53	0,50	1,00	2,00	0,53	0,50	0,00	1,00	1670
Bildung	1991	2,84	1,04	1,00	5,00	0,46	0,26	0,00	1,00	1497
	1992	2,91	1,03	1,00	5,00	0,48	0,26	0,00	1,00	1129
	1994	2,84	1,00	1,00	5,00	0,46	0,25	0,00	1,00	1091
	1998	2,95	1,00	1,00	5,00	0,49	0,25	0,00	1,00	1011
	2000	2,96	1,03	1,00	5,00	0,49	0,26	0,00	1,00	1305

	2006	3,12	1,06	1,00	5,00	0,53	0,27	0,00	1,00	1111
	2010	3,23	1,11	1,00	5,00	0,56	0,28	0,00	1,00	863
	2018	3,41	1,09	1,00	5,00	0,60	0,27	0,00	1,00	1082
	2023	3,64	1,11	1,00	5,00	0,66	0,28	0,00	1,00	1643
Einkommen	1991	540,16	234,73	71,00	4167,00	0,11	0,06	0,00	1,00	1384
	1992	677,24	302,58	69,00	5000,00	0,12	0,06	0,00	1,00	1017
	1994	846,44	393,34	170,00	5833,00	0,12	0,07	0,00	1,00	970
	1998	952,56	383,81	150,00	3250,00	0,26	0,12	0,00	1,00	834
	2000	1019,76	455,51	140,00	6250,00	0,14	0,07	0,00	1,00	1026
	2006	1081,74	539,00	20,00	6000,00	0,18	0,09	0,00	1,00	944
	2010	1258,57	657,78	167,00	4667,00	0,24	0,15	0,00	1,00	749
	2018	1716,08	912,33	13,00	10000,00	0,17	0,09	0,00	1,00	980
	2023	2145,63	1210,80	75,00	22222,00	0,09	0,05	0,00	1,00	1423
Wohnort (Land/Stadt)	1991	3,70	2,13	1,00	7,00	0,45	0,36	0,00	1,00	1544
	1992	3,73	2,15	1,00	7,00	0,45	0,36	0,00	1,00	1148
	1994	3,57	2,09	1,00	7,00	0,43	0,35	0,00	1,00	1108
	1998	3,73	2,01	1,00	7,00	0,45	0,34	0,00	1,00	1022
	2000	3,70	1,94	1,00	7,00	0,45	0,32	0,00	1,00	1323
	2006	3,41	1,88	1,00	7,00	0,40	0,31	0,00	1,00	1122
	2010	3,49	1,98	1,00	7,00	0,42	0,33	0,00	1,00	867
	2018	3,79	1,87	1,00	7,00	0,46	0,31	0,00	1,00	1058
	2023	4,42	1,78	1,00	7,00	0,57	0,30	0,00	1,00	1679
Prospektive Wirtschaftssituation	1991	3,33	0,84	1,00	5,00	0,58	0,21	0,00	1,00	1467
	1992	3,29	0,79	1,00	5,00	0,57	0,20	0,00	1,00	1082
	1994	3,13	0,70	1,00	5,00	0,53	0,18	0,00	1,00	1077
	1998	2,97	0,60	1,00	5,00	0,49	0,15	0,00	1,00	985
	2000	3,05	0,58	1,00	5,00	0,51	0,15	0,00	1,00	1288
	2006	2,86	0,67	1,00	5,00	0,46	0,17	0,00	1,00	1111
	2010	3,01	0,68	1,00	5,00	0,50	0,17	0,00	1,00	855
	2018	3,08	0,55	1,00	5,00	0,52	0,14	0,00	1,00	1084
	2023	2,94	0,73	1,00	5,00	0,48	0,18	0,00	1,00	1656

Anmerkung: Mittelwert = arithmetisches Mittel; SD = Standardabweichung; Min/Max = Minimum/Maximum; N = Fallzahl; Jahr = ALLBUS-Erhebungswelle. Die mit „norm“ bezeichneten Spalten beruhen auf der wellenweisen Min-Max-Normalisierung (0–1).

Tabelle A4: Multiple OLS-Regressionen – Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland nach Links-Rechts-Selbsteinschätzung (1991-2023)

	AV: Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland																	
	1991	1991	1992	1992	1994	1994	1998	1998	2000	2000	2006	2006	2010	2010	2018	2018	2023	2023
Alter	0,056	0,054	0,002	0,002	0,052	0,052	0,064	0,064	0,156*	0,148*	-0,052	-0,057	0,061	0,063	0,045	0,041	0,032	0,036
	(0,046)	(0,046)	(0,048)	(0,048)	(0,049)	(0,049)	(0,051)	(0,051)	(0,064)	(0,062)	(0,052)	(0,052)	(0,055)	(0,055)	(0,048)	(0,048)	(0,051)	(0,051)
Geschlecht	-0,033	-0,034*	-0,029	-0,029	-0,080***	-0,080***	-0,007	-0,009	0,035	0,034	-0,011	-0,013	-0,039	-0,042	-0,024	-0,030	-0,023	-0,025
	(0,017)	(0,017)	(0,020)	(0,020)	(0,019)	(0,019)	(0,022)	(0,022)	(0,026)	(0,026)	(0,021)	(0,021)	(0,021)	(0,021)	(0,020)	(0,020)	(0,020)	(0,019)
Bildung	0,038	0,038	-0,018	-0,018	-0,009	-0,009	0,057	0,066	0,155**	0,150**	0,087	0,083	0,244***	0,244***	0,190***	0,186***	0,127**	0,130**
	(0,038)	(0,038)	(0,044)	(0,044)	(0,043)	(0,043)	(0,048)	(0,048)	(0,055)	(0,054)	(0,047)	(0,047)	(0,045)	(0,045)	(0,039)	(0,039)	(0,042)	(0,042)
Einkommen	0,539***	0,541***	0,644***	0,644***	0,350*	0,347*	0,104	0,100	0,357	0,363	0,701***	0,713***	0,214**	0,206**	0,573***	0,571***	0,580*	0,549*
	(0,150)	(0,150)	(0,169)	(0,169)	(0,138)	(0,138)	(0,093)	(0,094)	(0,247)	(0,250)	(0,128)	(0,129)	(0,076)	(0,076)	(0,122)	(0,122)	(0,249)	(0,239)
Wohnort (Land/Stadt)	0,040	0,040	0,007	0,007	0,040	0,040	-0,067*	-0,063	0,007	0,010	0,037	0,040	0,052	0,055	0,002	0,006	-0,035	-0,031
	(0,025)	(0,025)	(0,028)	(0,028)	(0,028)	(0,028)	(0,034)	(0,034)	(0,038)	(0,038)	(0,037)	(0,037)	(0,033)	(0,033)	(0,032)	(0,032)	(0,033)	(0,034)
Prospektive Wirtschaftssituation	0,247***	0,249***	0,249***	0,249***	0,278***	0,277***	0,109	0,103	0,233*	0,204*	0,086	0,082	0,109	0,112	0,045	0,041	0,172**	0,173**
	(0,043)	(0,043)	(0,051)	(0,051)	(0,057)	(0,057)	(0,077)	(0,078)	(0,091)	(0,089)	(0,069)	(0,069)	(0,070)	(0,070)	(0,077)	(0,078)	(0,056)	(0,056)
Links-Rechts-Selbsteinschätzung	0,267***	0,155	0,250***	0,272	0,289***	0,335	0,091	0,507*	0,146*	0,927***	0,114	0,444*	0,181**	0,444*	0,120*	0,532**	-0,016	0,409**
	(0,046)	(0,151)	(0,055)	(0,172)	(0,058)	(0,178)	(0,066)	(0,223)	(0,074)	(0,207)	(0,063)	(0,210)	(0,059)	(0,188)	(0,054)	(0,173)	(0,052)	(0,150)
Links-Rechts-Selbsteinschätzung²		0,120		-0,025		-0,055		-0,475		-0,921***		-0,395		-0,318		-0,489*		-0,497**
		(0,157)		(0,197)		(0,218)		(0,248)		(0,240)		(0,233)		(0,211)		(0,198)		(0,165)
Konstante	0,053	0,074	0,109*	0,105	0,158**	0,152*	0,325***	0,248***	0,151	0,040	0,257***	0,206**	0,213**	0,169*	0,299***	0,238***	0,377***	0,305***
	(0,046)	(0,054)	(0,055)	(0,061)	(0,055)	(0,060)	(0,063)	(0,074)	(0,079)	(0,079)	(0,068)	(0,077)	(0,067)	(0,075)	(0,067)	(0,072)	(0,066)	(0,071)
BIC	567,7	574,04	415,23	422,01	342,49	349,21	304,14	306,17	264,91	254,04	494,21	497,46	270,61	274,8	314,18	313,66	373,69	370,88
N	1231	1231	901	901	908	908	757	757	545	545	876	876	711	711	866	866	918	918
R²	0,083	0,084	0,082	0,082	0,083	0,083	0,018	0,024	0,050	0,080	0,069	0,073	0,106	0,109	0,095	0,103	0,049	0,059
Adjustiertes R²	0,078	0,078	0,075	0,074	0,076	0,075	0,009	0,014	0,038	0,066	0,061	0,064	0,097	0,099	0,088	0,094	0,042	0,051

Anmerkung: *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001. Abgebildet sind die min-max-normalisierten Regressionskoeffizienten und in Klammern die robusten HC3-Standardfehler.

Tabelle A5: OLS-Regressionen – Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland nach kategorisierter Links-Rechts-Selbsteinschätzung

	AV: Bewertung der Wiedervereinigung in Ostdeutschland								
	1991	1992	1994	1998	2000	2006	2010	2018	2023
Alter	0,056 (0,046)	-0,002 (0,048)	0,051 (0,049)	0,054 (0,051)	0,142* (0,063)	-0,056 (0,052)	0,050 (0,055)	0,034 (0,048)	0,036 (0,051)
Geschlecht	-0,035* (0,017)	-0,032 (0,021)	-0,081*** (0,019)	-0,010 (0,022)	0,030 (0,026)	-0,012 (0,021)	-0,039 (0,022)	-0,031 (0,020)	-0,026 (0,019)
Bildung	0,031 (0,038)	-0,025 (0,044)	-0,016 (0,043)	0,057 (0,048)	0,158** (0,054)	0,086 (0,047)	0,239*** (0,045)	0,188*** (0,039)	0,129** (0,042)
Einkommen	0,541*** (0,147)	0,647*** (0,177)	0,352** (0,136)	0,116 (0,094)	0,339 (0,250)	0,712*** (0,126)	0,220** (0,077)	0,574*** (0,123)	0,554* (0,249)
Wohnort (Land/Stadt)	0,042 (0,025)	0,005 (0,028)	0,037 (0,028)	-0,066 (0,034)	0,007 (0,038)	0,039 (0,037)	0,051 (0,033)	0,0004 (0,032)	-0,029 (0,033)
Prospektive Wirtschaftssituation	0,259*** (0,042)	0,261*** (0,051)	0,288*** (0,057)	0,111 (0,077)	0,201* (0,091)	0,085 (0,069)	0,106 (0,070)	0,038 (0,078)	0,170** (0,056)
Links (Ref. Mitte)	-0,068*** (0,021)	-0,065** (0,024)	-0,080*** (0,022)	-0,050 (0,026)	-0,091** (0,029)	-0,065* (0,026)	-0,046 (0,026)	-0,059** (0,023)	-0,031 (0,023)
Rechts (Ref. Mitte)	0,126*** (0,033)	0,062 (0,048)	0,152** (0,055)	-0,070 (0,053)	-0,090 (0,059)	-0,024 (0,049)	0,079 (0,045)	-0,024 (0,041)	-0,111* (0,044)
Konstante	0,205*** (0,050)	0,258*** (0,061)	0,368*** (0,058)	0,388*** (0,064)	0,235** (0,076)	0,335*** (0,066)	0,344*** (0,069)	0,410*** (0,068)	0,411*** (0,063)
BIC	582,2	433,7	351,79	307,86	264,64	497,81	280,33	319,66	371,24
N	1231	901	908	757	545	876	711	866	918
R²	0,078	0,070	0,081	0,022	0,062	0,072	0,102	0,096	0,058
Adjustiertes R²	0,072	0,062	0,073	0,011	0,048	0,064	0,092	0,088	0,050

Anmerkung: *p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001. Abgebildet sind die min-max-normalisierten Regressionskoeffizienten und in Klammern die robusten HC3-Standardfehler. Die politische Selbsteinschätzung (1–10) wurde kategorial umkodiert: *Links* (1–3), *Mitte* (4–7, Referenzkategorie) und *Rechts* (8–10).